



# Kreislaufwirtschaft total

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.

Mai 2014 · Preis: 2,- €

[www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)



## Den Widerstand gegen die Umweltzerstörung zusammenschliessen





## Inhalt

|                                                                                         |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Kontaktdaten .....                                                                      | 2  |
| Editorial .....                                                                         | 3  |
| Kreislaufwirtschaft total und international – widerspricht das den Naturgesetzen? ..... | 4  |
| Der Autoverkehr trägt mit zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bei .....             | 7  |
| Freies WLAN – ein Geschenk mit Hintergedanken! .....                                    | 10 |
| Fracking-Pläne der Konzerne fordern Weiterentwicklung des Widerstands heraus .....      | 12 |
| Giftmüll-„Verklappung“: eine riesige Bedrohung für das Leben im Ruhrgebiet .....        | 15 |
| Bunkerbrand in Müllverbrennungsanlage .....                                             | 16 |
| 4. Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte in Rosia Montana .....            | 17 |
| Erfahrungen drei Jahre nach Fukushima .....                                             | 18 |
| Risiken des radioaktiven Fallouts nach einem katastrophalen Reaktorunfall .....         | 20 |
| Verbot von Atomtransporten .....                                                        | 21 |
| „Die Atomreaktoren sind der Preis für die Atomwaffen“ .....                             | 22 |
| Der Taifun Haiyan – Schicksalsschlag oder menschengemachte Katastrophe? .....           | 24 |
| Meinerzhagener Hauptschüler mit Durchblick und Tatkraft für die Umwelt .....            | 24 |
| Die Regionalgruppe Böblingen/Stuttgart in Neckarwestheim .....                          | 25 |
| Regionalgruppe Mittleres Ruhrgebiet .....                                               | 25 |
| Umweltgewerkschaft: Gründungskonferenz im November geplant .....                        | 26 |
| Eine Neuerscheinung für jeden Umweltschützer .....                                      | 27 |
| Publikationen der Bürgerbewegung .....                                                  | 28 |



## Selbstverständnis

Unser Verein setzt sich für das Ziel einer totalen Kreislaufwirtschaft ein.

Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur, die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. In der vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktion dagegen werden bewusst Verschwendung und Verschleiß gefördert, zehntausende künstliche und giftige Stoffe hergestellt und riesige Müllberge geschaffen. Statt Stoffe zu recyceln, werden große Mengen verbrannt. Kreislaufwirtschaft bedeutet auch zerstörerische Entwicklungen wie Massentierhaltung, Fracking, Geoengineering oder CO<sub>2</sub>-Speicherung entschieden zu bekämpfen.

Um Rohstoffe zu erhalten, ist heute die Entwicklung und Förderung einer Vielzahl von Recycling-Verfahren notwendig.

Unser Verein setzt sich besonders ein für das Kryo-Recycling für Kunststoffe und Altelektronik und ein mehrstufiges Methanisierungsverfahren für Bioabfälle zur Gewinnung von Energie und hochwertigem Kompost.

Die Natur selbst gibt die Anleitung für die Entwicklung von Stoffen, die zu 100% recycelt werden können. Kreislaufwirtschaft total bedeutet auch, die Energiegewinnung vollständig auf der Basis regenerativer Energien zu organisieren. Die Erfahrungen der Umweltbewegung zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz gegen den Widerstand der vorherrschenden politischen und ökonomischen Interessen durchgesetzt werden müssen. Wir unterstützen deshalb Initiativen und Bewegungen, die gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen aktiv sind. Wir fördern und unterstützen den Gedanken ihrer weltweiten Vernetzung. Wir sind für den Aufbau einer Umweltgewerkschaft.

### Vorstand und Sitz des Vereins

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.

Schmalhorststr. 1c  
45899 Gelsenkirchen

email: [info@total-recycling.org](mailto:info@total-recycling.org)  
Internet: [www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)  
Telefon: 0209 – 88 33 63 30  
Fax: 0209 – 88 33 63 39

Geschäftsführender Vorstand:  
Jochen Schaaf (1. Vorsitzender), Maria Vescovi  
(2. Vorsitzende), Dieter Grünwald (Schatzmeister)  
Geschäftskonto des Vereins:  
Sparkasse Gelsenkirchen, (BLZ 42050001),  
Konto-Nr. 130058009.  
IBAN: DE29420500010130058009  
BIC: WELADED1GEK

### V.i.S.d.P:

Jochen Schaaf, Stuttgart  
Gedruckt auf recyceltem Papier.

### Bildnachweis

Seite 22/23: <http://indien.antiatom.net/adivasi-auschutka-protestieren-in-new-delhi/w>

Seite 18: Reuters, Kim Kyung-Hoon

## Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Februar waren 400 Millionen Menschen in den nördlichen und östlichen Gebieten Chinas von Smog betroffen. Die zulässigen Werte für den gefährlichen Feinstaub wurden teilweise um das 34-fache überschritten. Jedes Jahr sterben zwischen 350.000 bis 500.000 Chinesen in Folge der Schadstoffbelastungen vorzeitig. 2010 sollen es etwa 1,2 Millionen Menschen gewesen sein. Fahrverbote und Fabrikschließungen wurden von Regierungsstellen nicht angeordnet. Geld verdienen ist eben wichtiger.

Kann man sagen, dass es solche Zustände nur in China gibt? Nein, das kann man leider nicht sagen. Die Zerstörung unserer Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen findet überall statt und geht immer schneller. Immer mehr Großprojekte sind in Planung oder man versucht, sie gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Der Schutz von Umwelt, Klima oder die Gesundheit spielen eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen die zu erwartenden Renditen. Auf der Jagd nach den noch vorhandenen Rohstoffen werden Regenwälder rücksichtslos abgeholzt, bleiben Wüsten oder verseuchte Landschaften zurück. Die lokale Bevölkerung verliert oft ihre natürlichen Lebensräume. Unser Planet wird zur Müllkippe. Die Kupfermine von Chuquicamata im Norden Perus ist mit einem Kilometer Tiefe die größte von Menschen geschaffene Grube der Welt. Metallhaltiger Staub weht aus dieser

Grube über die Anden bis nach Brasilien und Argentinien. Beim Ölsandabbau in Alberta/Kanada sind Giftteiche mit einer Fläche von 150 qkm entstanden, sickern täglich elf Millionen Liter giftige Abwässer ins Grundwasser und die umliegenden Flüsse. Dieser Planet ist für viele seiner Bewohner, für Flora und Fauna, keine Heimstatt mehr. Der Weltklimabericht unterstreicht die dramatische Entwicklung. Wie lange wollen wir noch zusehen wie er zerstört wird?

Die Hauptursache liegt in der kapitalistischen Produktionsweise, die ausnahmslos Gewinne und Marktanteile an die erste Stelle stellt. So wird die lebensnotwendige Einheit von Mensch und Natur unwiderruflich zerstört. Es ist ein Irrtum darauf zu hoffen, dass sich die Konzerne „nicht selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen“. Eine totale Kreislaufwirtschaft ist die notwendige Antwort auf die verhängnisvolle Entwicklung.

Die Politik erfüllt in der Regel die Forderungen der Konzerne. Aktuell bei den Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen, TTIP genannt. Die Hoffnung, mit anderen Mehrheiten würde eine andere Politik gemacht werden, können wir getrost begraben.

„System change – not climate change“. Diese Losung von Kopenhagen zeigt die Richtung an, in die es gehen muss. Um diesen Planeten vor dem Kollaps zu



bewahren, müssen die Kräfte des Widerstands gesammelt werden. Wir brauchen eine Organisation, die alle umweltbewegten Menschen, Arbeiter, Frauen, Jugend, Wissenschaftler, Landwirte, Ärzte, Künstler – zusammenbringt: eine überparteiliche, international ausgerichtete und kämpferische Umweltgewerkschaft. Sie soll Kämpfe initiieren, die Solidarität organisieren und den notwendigen aktiven Zusammenschluss über Ländergrenzen hinweg fördern.

Unser Verein unterstützt den Aufbau einer Umweltgewerkschaft. Ende des Jahres soll der Gründungskongress stattfinden.

*Ihr Jochen Schaaf*  
Vereinsvorsitzender



## Kreislaufwirtschaft total und international – widerspricht das den Naturgesetzen?

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert den menschlichen Stoffwechsel mit der Natur in einer Form zu organisieren, die weder die Rohstoffbasis zerstört noch Giftstoffe bzw. Müll in die natürliche Umwelt bringt oder gar akkumuliert. „Kreislaufwirtschaft-total“, so haben wir von der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft Produktion und Konsumtion in Einheit mit der Natur genannt. Doch widersprechen nicht Naturgesetze, wie das Entropiegesetz, der Verwirklichung einer solchen Wirtschaftsweise? Bedeutet Kreislaufwirtschaft-total einen ewigen Kreislauf immer derselben Produktion und Wiederverwertung? Am Beispiel von Altreifen soll diesen Fragen auf den Grund gegangen werden.

Ein grundlegendes Naturgesetz ist das Gesetz von der Erhaltung von Materie und Energie. Zwar können verschiedene Formen von Energie und Materie ineinander umgewandelt werden. Materie oder Energie kann aber weder erzeugt noch vernichtet werden. Deshalb kann eine Produktionsweise, welche die notwendige Einheit von Nutzung natürlicher Ressourcen und ihrer Erneuerung bzw. Wiederverwertung zerreißt, nicht auf Dauer betrieben werden, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu zerstören. Die heutige kapitalistische Wegwerfproduktion zerstört diese Einheit. Sie holt weitaus mehr Rohstoffe aus dem Erdboden bzw. der Biosphäre, als sich durch geologische und biologische Prozesse neu bilden können. Sie degradiert wertvolle Ressourcen in Müll, derzeit jährlich mindestens 2 Milliarden Tonnen Feststoffe<sup>1</sup>, 36 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> sowie weitere Abgase und Abwässer.

Weil Materie nicht vernichtet werden kann, ist die Vorstellung von „Müll“, der „entsorgt“ werden könne eine Illusion. Tatsächlich verändert sich die stoffliche Zusammensetzung der natürlichen Umwelt negativ für den Menschen: Mehr als 140.000 künstliche Stoffe werden freigesetzt, mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur: Nach einer US Studie<sup>2</sup> sind US Amerikaner im Durchschnitt belastet durch 167 unnatürliche Chemikalien, davon 76 krebserregende, 94 sind Hirn- und Nervengifte und 79 verursachen Geburtsschäden bei Neugeborenen. Untersuchungen in anderen Erdteilen kommen zu vergleichbaren Ergebnissen. Kein

Wunder, dass Krankheiten, wie Krebs, Allergien, Nervenschäden etc. weltweit dramatisch zunehmen<sup>3</sup>. Allein die Luftverschmutzung durch Gase und Feinststäube hat derzeit jährlich ca. 1,3 Millionen Todesopfer weltweit zur Folge<sup>4</sup>.

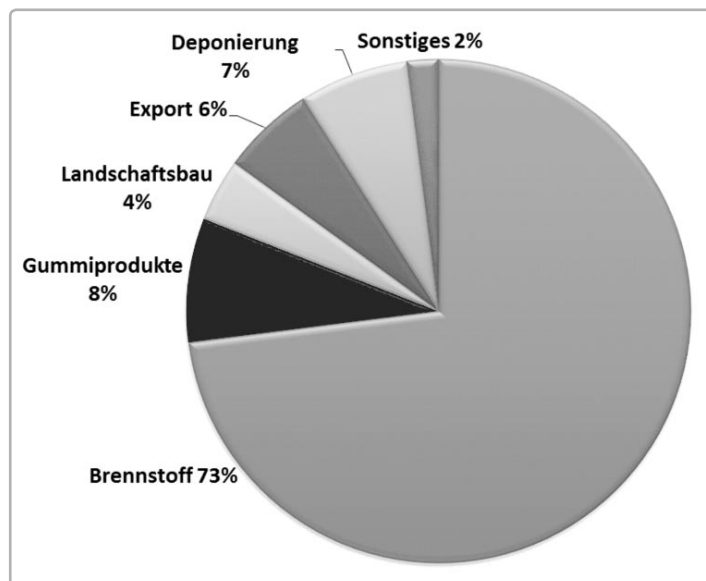
Wenn überhaupt Umweltschutzmaßnahmen durchgesetzt wurden, beschränken diese sich meist auf die Einführung von Grenzwerten (wie beim Dioxin aus Verbrennungsprozessen) oder das Verbot einzelner Substanzen. Der zunehmenden Vermüllung der Erdoberfläche wird so nichts Wirksames entgegengesetzt: Neben der bruchstückhaften Wiederverwertung einzelner Stoffe wird weltweit die Müllverbrennung ausgebaut. Im Jahr 2012 existierten bereits 2150 MVAs mit einer Jahreskapazität von 250 Millionen Tonnen. Mit geplanten 250 neuen Anlagen bis 2016<sup>5</sup>, unter anderem von E.on, wird die Umwandlung von Ressourcen in Giftmüll weiter als profitables Geschäft betrieben. Die Vermüllung und Vergiftung der gesamten Biosphäre ist damit ein Faktor, der die Entwicklung zu einer globalen Umweltkatastrophe beschleunigt.

Quantitative Änderungen wie „weniger konsumieren“, „mehr Recycling“ oder „schärfere Grenzwerte für Emissionen“ lösen das Problem nicht. Notwendig ist ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel mit qualitativen Änderungen in der gesamten Produktions- und Lebensweise, mit denen die Stoffkreisläufe des menschlichen Produktions- und Lebensprozesses in Einheit mit der Natur organisiert werden. Die Lösung ist also „Kreislaufwirtschaft total“.

### Ist die 100%ige Wiederverwertung von Stoffen möglich? Das Beispiel Reifen.

Bei Fahrrädern, Automobilen, Lastwagen, Traktoren etc. ist der Reifen ein wichtiges Bauteil, welches die Bewegung der Fahr-

zeuge über den Untergrund vermittelt. Er muss federn, dämpfen, für einen guten Geradeauslauf sorgen, gute Rundlaufeigenschaften und eine hohe Lebensdauer besitzen. Vor allem muss der Reifen aber auch hohe Kräfte beim Bremsen, Beschleunigen und in der Kurvenfahrt übertragen können, bei unterschiedlichen Straßenbedingungen. Solch eine Kombination verschiedener Funktionen lässt sich nur durch einen Komposit aus den unterschiedlichsten Materialien er-



**Verwendung von Altreifen international 1998. Auch im Jahr 2013 wurden über 70% der Altreifen verbrannt. Quelle: J. Scheirs, Polymer recycling, 1998, John Wiley and Sons.**

zielen (siehe Abb. 1). Der größte Anteil des Reifens besteht aus Gummi, welches früher aus Naturkautschuk und heute aus synthetischen Kautschuken durch Vulkanisierung entsteht. Dabei werden die langen Polymerketten des Kautschuks durch Zugabe von Schwefelverbindungen vernetzt, wodurch sie in den gummielastischen Zustand übergehen. Eingebettete Stahl- und Textilfasern tragen zur Formstabilität und Festigkeit bei. Für die Wiederverwertung von Altreifen stehen verschiedene technische Verfahren, von der Runderneuerung, über Kryo-Recycling bis hin zur chemischen Zersetzung beispielsweise mittels Pyrolyse zur Verfügung (Kasten).

Der notwendigerweise durch den Reibungskontakt zwischen Gummi und Straße auftretende Reifenabrieb zeigt jedoch auch eindrücklich, dass eine 100% Wiederverwertung der Inhaltsstoffe in einem einfachen geschlossenen Kreislaufsystem nicht möglich ist. Beim Fahren, Bremsen und Anfahren mit dem Auto



werden sowohl die Oberfläche der Reifen als auch der Straßenbelag „abgerieben“. Dabei entsteht ein mit vielen Schadstoffen belasteter Staub, der hochgewirbelt wird. Dieser Staub setzt sich auf Pflanzen ab oder wird von Menschen und Tieren eingeatmet. Nach Angaben von Dr.-Ing. Klaus-Peter Glaeser, Referatsleiter Fahrzeug/Fahrbahn bei der Bundesanstalt für Straßenwesen, beträgt der anfallende Reifenabrieb alleine in Deutschland zwischen 60 000 und 100.000 Tonnen pro Jahr. Der Reifen- und Straßenabrieb trägt neben den Rußen aus Verbrennungsprozessen maßgeblich zur Feinststaubbelastung bei. Feinststäube mit Teilchengrößen von 10 Mikrometer sind stark gesundheitsschädlich – umso mehr, als Reifen keineswegs nur aus Gummi bestehen, sondern einen ganzen Chemiecocktail enthalten: Weichmacher, Aktivatoren, Alterungs- und Lichtschutzmittel sowie viele weitere Stoffe, wie auch Schwermetalle in streng geheimer Dosierung. Bei vielen Reifen gehören dazu auch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK). Diese Benzolverbindungen sind krebserregend, deshalb führte die EU ab 2010 strenge Grenzwerte für PAK in der Reifenproduktion ein. Manche Hersteller liefern schon heute Produkte, die diese Richtlinie erfüllen.

Widerspricht eine 100% Verwertung dem Entropiegesetz?

Ist das Beispiel „Reifenabrieb“ nicht der Beweis, dass eine vollständige Kreislaufwirtschaft nicht möglich ist? So schreibt Martin Knipp<sup>6</sup>: „Problematisch ist der Begriff der Kreislaufwirtschaft, da hiermit die Vorstellung einer rückstands-freien Produktionswirtschaft verbunden wird. Ein vollständig rückstandsfreier Stoffkreislauf ist schon naturgesetzlich (Entropiegesetz) unmöglich, da Transformationen stets Reibungsverluste mit sich bringen.“

Diese pseudowissenschaftlich bemäntelte Argumentation ist jedoch grundsätzlich falsch: Das Entropiegesetz beschreibt die Verringerung der Arbeitsfähigkeit von Energie bei Entwicklung zum Gleichgewicht in abgeschlossenen Systemen. Die Stoffwechselprozesse auf der Erde sind jedoch kein abgeschlossenes System, sondern es durchdringen sich verschiedene Stoffwechselsysteme (Lebensprozesse der Biosphäre, Klima- und Wettergeschehen,



|                                             |     |
|---------------------------------------------|-----|
| Kautschuk (Natur- und Synthetikautschuk)    | 41% |
| Füllstoffe (Ruß, Silica, Kreide)            | 30% |
| Festigkeitsträger (Stahl, Polyester, Nylon) | 15% |
| Weichmacher (Öle und Harze)                 | 6%  |
| Vulkanisierung (Schwefel, Zinkoxid etc.)    | 6%  |
| Chemikalien für Alterungsschutz             | 2%  |

Abb. 1: Autoreifen und seine typische Zusammensetzung. (Bildquelle: Ken T1381, Creative Commons)

geologische Prozesse, Stoffwechsel der Gewässer und Meere etc.; (siehe Kasten: Kopplung von Stoffkreisläufen), die alle durch die Energiequelle der Sonne bzw. der Erdwärme getrieben werden. Diese gekoppelten Entwicklungsprozesse werden nicht durch das Entropiegesetz beschrieben.

Auch die Lösung des Problems „Reifenabrieb“ lässt sich nur durch Betrachtung der Kopplung verschiedener Stoffwechselprozesse des Menschen, der Biosphäre, der Atmosphäre etc. finden. Natürlich lässt sich ein Reifen nicht unmittelbar zu 100% recyceln. Um Abriebverluste zu verringern, muss der Individualverkehr eingeschränkt und die Geschwindigkeit beschränkt werden. Aber um auch den verbleibenden Abrieb in den Stoffkreislauf der Biosphäre zu integrieren, ist es notwendig, das Reifenmaterial zu einem positiven Bestandteil der Stoffe der Biosphäre zu machen. Anstatt ein Giftcocktail zur „Optimierung“ von Reifeneigenschaften kann Naturkautschuk verwendet werden, welcher biologisch abbaubar ist. Ein zum Naturkautschuk identischer Synthetikautschuk (cis-1,4-Polyisoprene) kann ebenso industriell aus Erdöl gefertigt werden. Auch dieser ist mikrobakteriell abbaubar. Ein zu lösendes Problem bleibt die Vulkanisierung, da die Schwefelverbindungen die Geschwindigkeit des biologischen Abbaus reduziert, wenn nicht spezielle Mikroorganismen eingesetzt werden. Die meisten in den Reifen eingesetzten Synthetikautschukarten (z.B. Styrol-Butadien-Kautschuk) sind jedoch bewusst von der chemischen Industrie so gewählt, dass sie nicht biologisch

abbaubar sind, angeblich um Pilz- und Mikrobenbefall zu verhindern. Ein Reifen muss aber nicht beliebig lange halten. Auch für Zusatzstoffe zum Kautschuk, wie Weichmacher, Füllstoffe, sowie Additive gegen Alterung können biokompatible Lösungen gefunden werden. Dann kann Reifenabrieb zu einem Bestandteil des natürlichen Stoffkreislaufes werden indem letztlich Humus entsteht.

Die Notwendigkeit einer internationalen Kreislaufwirtschaft

Zu behaupten, dass eine Kreislaufwirtschaft auf Grund des „Entropiegesetzes“ der Physik nicht möglich sei, rechtfertigt letztlich die Umweltvergiftung durch die Chemieindustrie. Das Beispiel der Reifen zeigt eindringlich, dass es notwendig ist, zu einer Umkehrung der Standards für die Stoffauswahl in der Produktion und Wiederverwertung von Gütern zu kommen. Anstatt willkürlich beliebige Giftcocktails zur kurzfristigen Optimierung von Eigenschaften (und zur Realisierung maximaler Profite) durch die Hersteller zuzulassen, muss es zu einer positiven Festlegung von verwendeten Inhaltsstoffen kommen.

| Gefundene Substanz und ihre Verwendung                     | Einstufung nach EU-Gefahrenschutzverordnung |
|------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| 2-Mercaptobenzothiazol: Vulkanisationsbeschleuniger        | gesundheitsgefährdend, allergen             |
| Benzothiazol: Vulkanisationsbeschleuniger                  | gesundheitsschädlich                        |
| Anilin: Ausgangsstoff für Synthetikautschuk                | giftig, umweltschädlich                     |
| Dicyclohexylamin: Weichmacher, Vulkanisationsbeschleuniger | ätzend, umweltschädlich                     |
| Cyclohexylamin: Eingesetzt bei Anilinherstellung           | ätzend                                      |

## Kopplung von Stoffkreisläufen in der Produktion und Reproduktion von Gütern und des Lebens

Für die Verwirklichung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft muss die Kopplung verschiedener Stoffwechselprozesse betrachtet werden. Vereinfacht kann das als Kopplung des biologischen und des Produktionskreislaufes beschrieben werden.

### 1. Die nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe

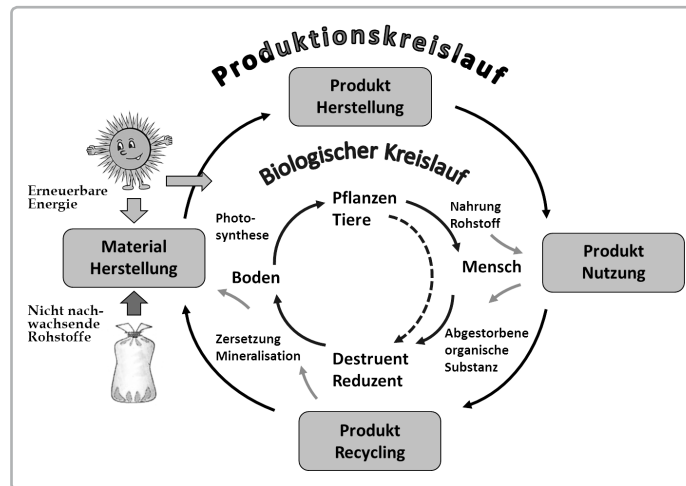
Nachwachsende Rohstoffe wie Nahrungsmittel, Holz und pflanzliche Fasern sind selber Bestandteil des Stoffkreislaufes der Biosphäre. Der Mensch wirkt auf ihn über die Land- und Forstwirtschaft ein. Sie muss so organisiert werden, dass die Artenvielfalt, die Bodenfruchtbarkeit und die Wasserreserven nicht degenerieren bzw. sogar im Laufe der Generationen vorteilhaft entwickelt werden. Schlüsselfragen sind heute der Stopp der Abholzung der Wälder, die Ersetzung der chemisierten Agroindustrie durch eine hochentwickelte ökologische und multifunktionale Landwirtschaft, der Schutz der Wasserreserven und die Lösung des Problems der Bodenauslaugung durch Methoden der Rückführung von Nahrungsstoffen aus Biomasseabfällen.

### 2. Die Nutzung von nicht nachwachsenden Rohstoffen

Von nicht-nachwachsenden Rohstoffen, wie Mineralien, Metallerze, Erdöl, Erdgas und Kohle sprechen wir, wenn ihre Neubildung in den für die menschliche Produktionstätigkeit relevanten Zeiträumen nicht möglich ist. Das kapitalistische Eigentumsrecht ermöglicht es, nichtnachwachsende Rohstoffe auszubeuten und in Waren zu verwandeln, ohne dass der Eigentümer für die Kosten der Wiederherstellung des Ausgangszustands, beispielsweise für die Wiederverwertung durch zukünftige Generationen, aufkommen muss. Um den Gebrauchswert dieser Rohstoffe langfristig, auch für zukünftige Ge-

nerationen zu erhalten, muss erreicht werden, dass die aus der Ausbeutung natürlicher Lagerstätten gewonnenen Stoffe weitestgehend durch Wiederverwertung reproduziert werden können. Selbst bei relativ einfachen Stoffen, wie Stahl, Metalle und Glas werden heute nur Recyclingquoten von bis zu 70% erreicht, was im Widerspruch zu einer langfristigen Nutzung ist. Erdöl, Erdgas und Kohle müssen auch zukünftigen Generationen als Rohstoffbasis zu Verfügung stehen, so dass ihre Verbrennung zur Energiegewinnung drastisch eingeschränkt und durch erneuerbare Energien ersetzt werden muss.

Da der biologische Kreislauf und der Produktionskreislauf nicht nachwachsender Rohstoffe nicht isoliert sind, muss es vermieden werden, dass langlebige giftige Stoffe eingesetzt werden. „Kreislaufwirtschaft-total“ setzt auf das Lernen von der Natur, wo verschiedene Funktionen durch Kombination weniger Grundmaterialien verwirklicht werden, was eine universelle Produktion und Zerlegung im Rahmen der biologischen Stoffwechselprozesse ermöglicht.



Neben passenden physikalischen und chemischen Eigenschaften sind zukünftig die wichtigsten Eigenschaften:

i) die Biokompatibilität von Stoffen, das heißt die Möglichkeit ihres biologischen Abbaus und ihrer Integration in den natürlichen Stoffkreislauf der Biosphäre ohne giftige Nebenprodukte,

ii) die Wiederverwertbarkeit eines Produktes, das heißt, die Möglichkeit einen Rohstoff langfristig über viele Zyklen der Produktion und Wiederverwertung zu nutzen.

Das verlangt die Festlegung von international verbindlichen Standards. Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur eine gigantische Verschwendung und Wegwerfproduktion, sowie eine auf Konsum orientierte Lebensweise

hervorgebracht. Sie ermöglichte auch die Internationalisierung von Standards in der Produktion und Wiederverwertung. Eine umfassende Kreislaufwirtschaft mit einer Einheit von Mensch und Natur wird weder auf der Basis von industrieller Gigantomanie noch auf der Basis von Subsistenzwirtschaft und Kleinproduktion möglich sein. Sie verlangt die bewusste Gestaltung einer internationalen industriellen, auf Arbeitsteilung organisierten Produktion mit einem allseitigen und auf die Zukunft der Menschheit orientierten Blick. Dies erfordert eine Wirtschafts- und Lebensweise, die den Gebrauchswert zum Maßstab der Produktion und Reproduktion macht und damit eine gesamtwirtschaftliche Rentabilitätsbetrachtung. Es ist stark zu bezweifeln, dass die kapitalistische Produktionsweise mit der Orientierung auf Tauschwert zur profitablen Kapitalverwertung solch eine umfassende Kreislaufwirtschaft verwirklichen kann. Ist

nicht vielmehr die Frage aufgeworfen, ob die internationale Vereinigung der Produzenten in einer sozialistischen Gesellschaft einen solchen Paradigmenwechsel der bewussten Lebens- und Produktionsweise durchsetzen kann?

Prof. Dr. Christian Jooß

<sup>1</sup> <http://www.atlas.d-waste.com/>

<sup>2</sup> Mount Sinai School of Medicine in New York "Body Burden - The Pollution in People. EWG Report 2005." [www.ewg.org](http://www.ewg.org)

<sup>3</sup> Worldwide cancer cases expected to soar by 70% over next 20 years, The guardian.com, 3 February 2014

<sup>4</sup> ScienceDaily, 1 August 2012. [www.sciencedaily.com/releases/2012/08/120801112609.htm](http://www.sciencedaily.com/releases/2012/08/120801112609.htm)

<sup>5</sup> World Market for Waste Incineration Plants" study, Ecoprog GmbH,

<sup>6</sup> Martin Knipp, Produktionsbezogene Aspekte des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, Diplomarbeiten Agentur, 2001, S. 13

## Der Autoverkehr trägt mit zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bei

Die Diskussion in Deutschland über Mobilität und sinnvollen Verkehr wird selten sachlich geführt. Kritik am öffentlichen Nahverkehr, Fußgängern oder Fahrradfahrern findet mehr oder weniger ausgiebig statt. Kritikern am Autoverkehr wird meist sofort mit der „individuellen Mobilität“ als bürgerlichem Freiheitsrecht entgegnet. Und dann wird auf die angeblich wirtschaftliche Bedeutung des Autoverkehrs und der Autoindustrie und natürlich die Arbeitsplätze hingewiesen.

Von solchen Denkmustern sind auch die Ausführungen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zum Thema Verkehr geprägt:

*„Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert unsere europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat hier große Erfolge aufzuweisen (...).“*

Die großen sozialen und Umweltprobleme, die der unkontrolliert wachsende Autoverkehr schafft, bestehen für die neue Regierung also anscheinend überhaupt nicht. Dabei:

- Verunglücken fast 30.000 Kinder unter 15 Jahren jährlich auf deutschen Straßen.
- Gab es 2012 insgesamt 384.312 Verletzte durch Verkehrsunfälle. Polizeilich erfasst wurden 2012 insgesamt 2.401.843 Verkehrsunfälle.<sup>2</sup>
- Fördert die Teilnahme am Verkehr psychische Belastungen, Stress und aggressive Verhaltensweisen.
- Bedrohen Lärm, Stickoxide, Feinstäube, Rußpartikel, Ozon und CO<sub>2</sub> akut die Gesundheit der Bevölkerung und zerstören Umwelt und Klima. Der Verkehr trug nach Zahlen von 2009 mit rund einem Viertel zu den gesamten europäischen Treibhausgasemissionen bei. Rund 70 % betrug der Anteil des Straßenverkehrs. Seit 1990 haben die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um 30 % zugenommen.<sup>3</sup>

- In deutschen Städten beeinflusst der Autoverkehr das gesamte Leben der Bewohner erheblich negativ. Die verkehrsbedingten Belastungen sind Dauerthemen. Wirkliche Veränderungen sind nur durch drastische Reduktion des Autoverkehrs zu erreichen.



Berliner Initiative gegen den Bau weiterer Autobahnen

- Wer es grün und ruhig haben will, zieht deshalb an die Ränder der Städte oder muss Erholungsgebiete außerhalb aufsuchen und dafür zusätzliche Fahrtwege in Kauf nehmen. Die Zersiedlung von Landschaften durch Einkaufszentren oder Wohngebiete, die nur mit dem Auto erreichbar sind, erhöhen das Verkehrsaufkommen. *„In der Konsequenz entstehen durch den Flächenverbrauch nur noch kleine ‚Inseln‘, die nicht in irgendeiner Form vom Autoverkehr berührt werden. Die Erholungsfunktion der Landschaft für die Menschen wird eingeschränkt und auch der Lebensraum für Tiere, die vom Verkehrstod noch zusätzlich bedroht sind“.*<sup>4</sup>

### Koalitionsvertrag: Die Straßen leistungsfähiger und effizienter machen

Rund 415.000 gemeldete Staus mit einer Gesamtlänge von 830.000 Kilometern gab es im Jahr 2013 laut ADAC.<sup>5</sup> Die Schlussfolgerung der neuen Regierung, dass der Autoverkehr täglich irgendwo kollabiert, ist nicht viel weniger Autoverkehr. Sie will *„den Verkehrsträger Straße leistungsfähiger und effizienter machen und so den Verkehrsfluss erhöhen.“* Der Begriff dafür: *„Straße des 21. Jahrhunderts.“* *„Mit dem Konzept setzen wir auf eine intelligente Verkehrsinfrastruktur sowie den verstärkten Einsatz von Verkehrstelematik und modernsten Informations- und Kommunikationssystemen.“*<sup>6</sup>

Nicht bekannt scheint in Berlin zu sein, dass bei dem vom individuellen Fahrverhalten abhängigen Verkehrsmittel Auto die Hauptfehlerquelle der Mensch ist. *„Bei den rund 306.300 Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2011 erfasste die Polizei durchschnittlich 1,4 Unfallursachen. 86% dieser Ursachen waren*

*Fehlverhalten von Kraftfahrzeugfahrern und Radfahrern. 4% waren Fehlverhalten von Fußgängerinnen und Fußgängern.“*<sup>7</sup>

Alle Versuche, mit technischer Verkehrssteuerung die Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen, sind bisher gescheitert und werden auch künftig scheitern. Mehr Autoverkehr und mehr Straßen bedeuten weitere Zerstörung von Landschaften und mehr Staus. Natürlich mehr Folgekosten. *„Europäische Steuerzahler subventionieren den motorisierten Straßenverkehr mit jährlich 474 Milliarden Euro. (...) Der Löwenanteil dieser Kosten entsteht durch Unfälle, Lärm, Luftverschmutzung und den Klimawandel. Diese Folgekosten des Verkehrs (...) werden über Steuern und Krankenkassenbeiträge weitergegeben sowie kommenden Generationen aufgebürdet.“*<sup>8</sup>

Die bisherige Verkehrspolitik weiter zu schreiben und den Autoverkehr in vielfältiger Weise noch staatlich fördern, wird die

Gegenwärtig werden in Deutschland jeden Tag über 100 Hektar freie Landschaft durch Zersiedlung und Versiegelung verbaut oder von Verkehrswegen zerschnitten. Der Landschaftsverbrauch hat gravierende Umweltfolgen: Verlust fruchtbarer Böden, der Wasserhaushalt wird beeinträchtigt, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit größeren Aktionsradien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen und Wälder können ihre Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen.





**Stuttgarter Klima und Umweltbündnis (KUS) vor der Daimler Konzernzentrale**

Lebensverhältnisse der heranwachsenden und künftigen Generationen nachhaltig beeinträchtigen und zerstören.

Geschwindigkeitsbeschränkungen wie in anderen EU-Ländern einzuführen, sind für die Große Koalition kein Thema. Die Leistungsfähigkeit der Stadtstraßen ist bekanntermaßen mit viel weniger Fahrzeugen im Stadtverkehr bei 30 km/h am höchsten, im Außerortsverkehr und vor allem auf Autobahnen bei 80 km/h.<sup>9</sup> Durch ein Tempolimit könnte auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden. Gerade für Deutschland wäre das ein Signal. Mit jährlich 728 Millionen Tonnen nimmt die BRD Platz 1 in Europa unter den CO<sub>2</sub>-Emitenten ein.<sup>10</sup> Aber die bundesdeutsche Politik ist nicht bereit, regelnde Maßnahmen gegen den krebisartig wuchernden Verkehr zu ergreifen.

### **Geschachere um CO<sub>2</sub>-Grenzwerte und immer größere Autos: das fehlende Umweltbewusstsein der bundesdeutschen Automanager**

Obwohl der Autoverkehr erheblich zur Klimazerstörung beiträgt, wehrt sich die Branche selbst gegen kleinste Forderungen nach Reduzierung der Treibhausgase. Der VDA spricht von „klimapolitischer Planwirtschaft“<sup>11</sup> wenn es um die Festlegung von Grenzwerten in der EU geht. Der Klimaschutz wird bewusst diskreditiert und diffamiert. Im Kern fordern die Autobauer weiterhin das Recht, mit ihren Produkten unsere Lebensgrundlagen zerstören zu dürfen. Verlassen können sie sich auf die Bundesregierung. 2013 wurde eine Erhöhung der Grenzwerte für Neuwagen im Flottendurchschnitt auf 130 g bis 2015 durchgesetzt. Ursprünglich sollten bereits 2012 120 g als Grenzwert gelten. Das vom EU-Parlament geforderte langfristige Ziel von 68 bis 78 Gramm ab 2025 wurde sogar ganz fallen gelassen. Als weiterer Kontrapunkt wuchs der Be-

stand an Geländefahrzeugen in den letzten fünf Jahren um insgesamt 74% auf 2,1 Millionen Fahrzeuge.<sup>12</sup> Kein Problem scheint die Branche damit zu haben, dass ein PKW durchschnittlich 23 Stunden am Tag nur herum-

steht. Ein schlechter Wert für ein Mobilitätsprodukt mit erheblichen Kosten für Anschaffung und Unterhaltung. Fast 70% aller Fahrten mit dem PKW finden bis maximal 40 km statt, 30% zwischen 1-10 km. Die meisten der 3,4 täglichen Wege werden zu Fuß, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad zurückgelegt.

### **Wahnsinn Güterverkehr**

Die Transportbranche gilt in der bundesdeutschen Politik als wichtiger Wirtschaftszweig. Der Güterverkehr wächst schneller als die Wachstumsraten des produzierenden Gewerbes. Durch die Verringerung der Fertigungstiefe, die aufgrund ökonomischer Vorteile anderer Länder wie niedrige Löhne, Steuervorteile etc. entstanden ist, sind die Transportwege gewachsen. Durch die just-in-time-Lieferung werden Lagerkapazitäten eingespart und einfach auf die Straße verlagert. Auch die Autobranche trägt zum unnötigen LKW-Verkehr erheblich bei. Über 30% der LKW-Fahrten sind Leerfahrten, also ohne Fracht. Viele Fahrten finden wegen finanziellen oder steuerlichen Vorteilen statt. Dazu gibt es viele haarsträubende Beispiele:

- Waren, die aus Ostasien nach Italien importiert werden, werden über die See nach Rotterdam befördert, dort abgeladen und dann über Land nach Italien befördert, obwohl die Schiffe nahe der italienischen Küste vorbeifahren
- Rinder werden aus Frankreich und Deutschland zur billigen Schlachtung nach Neapel transportiert, das Fleisch wird

dann wiederum nach Deutschland und Frankreich verkauft.

- Dieselbe Ware passiert mehrmals die gleiche Grenze, ohne abgeladen zu werden, nur um die vorgesehenen Import- oder Export-Subventionen einzunehmen.<sup>13</sup>
- Müll wird zwischen verschiedenen Ländern hin und her transportiert.
- Nordseekrabben zum Schälen nach Marokko. Der Transport durch LKW von Husum nach Nordafrika und zurück.

Während dieser sinnlose Verkehr noch ausgeweitet wird, gerät der Güterverkehr auf der Schiene, der neben anderen Faktoren auch Klima- und Umwelt schonend ist, immer weiter ins Hintertreffen. 82 Prozent der Gesamttonnage in Deutschland wird auf der Straße transportiert. Nur 8 Prozent auf der Schiene.<sup>14</sup>

### **Produktionskette: Wie werden die Rohstoffe für die deutschen Autos gewonnen?**

Das Auto ist nicht nur im „laufenden Betrieb“ zerstörerisch. Auch die Herstellung der Einzelteile (zwischen 10.000 bis 40.000), die weltweit gefertigt werden und an die Endmontageplätze transportiert werden müssen, belasten unser Ökosystem. Ähnlich wie in anderen Industriezweigen haben auch die Arbeiter in den Zulieferbetrieben der Automobilindustrie schlechte Löhne und teilweise katastrophale Arbeitsbedingungen. Ein Auto besteht zu etwa 70 Prozent aus verschiedenen Metallen. „Der größte Teil deutscher Rohstoffeinfuhren stammt aus



**Umweltzerstörung in riesigem Ausmaß. Die größte Eisenerz-Mine der Welt in Carajás, im brasilianischen Amazonasgebiet bedroht auch die Existenz indigener Völker wie die Awa, die 2012 den Abtransport des Erzes blockierten.**



Ländern, in denen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen im Bergbau gang und gäbe sind. So stammen über 70 Prozent der Kupferimporte aus Peru, Chile, Brasilien oder Argentinien, 73 Prozent des Bauxits kommt allein aus Guinea und 50 Prozent des Eisenerzes aus Brasilien.“<sup>15</sup>

„Druck aus den Abnehmerländern ist eines der wichtigsten Mittel, um Veränderungen an den Minen zu erreichen“, sagt José de Echave von der peruanischen NGO CooperAccion und verweist auf das Abkommen, bei dem die Bundesregierung Ansprüche an die soziale, ökologische und menschenrechtskompatible Gewinnung der Rohstoffe stellen könnte. Bisher könne nicht ein Korn des in Deutschland verwendeten peruanischen Kupfers diese Gesichtspunkte zweifelsfrei garantieren.“<sup>16</sup> Der VDA und Vertreter von Autokonzernen behaupten, dass es unmöglich sei, die „Herkunft einzelner Rohstoffe exakt nachzuweisen, (...) aufgrund der mehrstufigen industriellen Wertschöpfungsketten.“<sup>17</sup> Das ist wenig glaubwürdig, weil die deutsche Autoindustrie Monopolabnehmer von Rohstoffen ist. Wenn Umweltaktivisten in der Lage sind, die Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, müsste es für weltweit tätige Automobilkonzerne ein Leichtes sein, sich Informationen und einen Überblick über die Zustände zu verschaffen.

### Ein Umwelt und Klima tauglicher Verkehr ist dringend notwendig

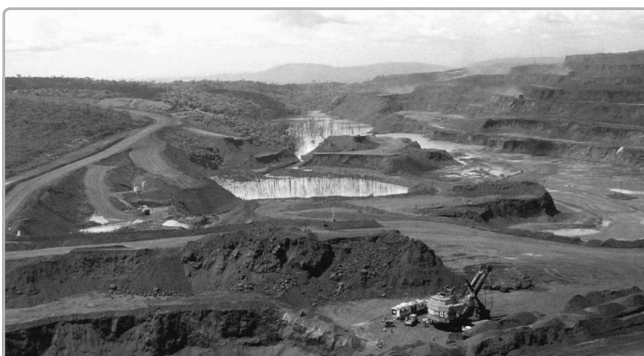
Unter dem Gesichtspunkt, in Einheit mit der Natur zu leben, schonend mit den Rohstoffen und unserer natürlichen Umwelt umzugehen, eine umfassende Kreislaufwirtschaft aufzubauen, die sinnlose Energieverschwendung ausschließt, sind die Autoproduktion von der „Wiege bis zur Bahre“ und der heutige Autoverkehr

Nach Angaben der WHO vom März 2013 sterben weltweit jährlich etwa 1,24 Millionen Menschen an den Folgen von Verkehrsunfällen. Für 2020 ist die Rede von 1,9 Millionen. Die Zahl der Verletzten durch Verkehrsunfälle beträgt mehrere 10 Millionen Menschen.



zerstörerisch. „Mobilität“ ist eine Fata Morgana. Obwohl in der BRD bereits über 52 Mio. KFZ gemeldet sind, sollen noch mehr Fahrzeuge auf die Straße. Der Flächenverbrauch für Stellplätze und Straßen ist riesig, die Energiebilanz des Verbrennungsmotors miserabel, Milliarden Euro werden für Straßen, Lärmschutz und Überwachungsmaßnahmen ausgegeben und verschwendet. Dringend notwendig wäre es, viel weniger und vor allem emissionsfreie Fahrzeuge zu unterhalten, Car-Sharing, autofreie Städte, Rückbau von Straßen, den Personen- und Gütertransport umwelttauglich zu machen und auf das notwendige Maß zu reduzieren. Aber dem stehen die Interessen der Autokonzerne entgegen. Die Automobilherstellung wird nur unter dem Aspekt der Profitmacherei gesehen. Deshalb will jeder Konzern die Verkaufszahlen seiner Marke steigern. VW-Chef Winterkorn kündigte beim Tanz ums Blechkalb auf der Motor-Show in Detroit im Januar 2014 sogar an, VW wolle bis 2018 größter Autobauer weltweit werden. Trotz der erkennbar zerstörerischen Entwicklung sind die Verantwortlichen in den Konzernen nicht bereit, umzudenken. Verantwortungsbewusstsein für den Schutz und Erhalt unseres Planeten ist in den Chefetagen in Wolfsburg, Untertürkheim, München und Rüsselsheim nicht vorhanden.

Hans-Dieter Stimpfig



Eisenerz-Mine Carajás

<sup>1</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. S.39

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 Reihe 7 Verkehr 2012, S. 42

<sup>3</sup> TU Dresden, Externe Autokosten in der EU 27, 2.10.2012, S. 25

<sup>4</sup> Helmut Holzapfel/Ulrike Lichtenthäler, Autoverkehr 2000, S.593

<sup>5</sup> <http://www.dpp.de/articles/1131>

<sup>6</sup> Koalitionsvertrag S.43

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt, Verkehr auf einen Blick, April 2013, S.38

<sup>8</sup> Allianz pro Schiene, Pressemitteilung vom 27.5.2012

<sup>9</sup> Prof. Dr.Heiner Monheim, Mobil ohne Auto? Perspektiven für einen effizienten Stadtverkehr,S.6

<sup>10</sup> Eurostat Pressemitteilung 29.Mai 2013

<sup>11</sup> Verband der Automobilindustrie (VDA) Politikbrief 02/2013, S.2

<sup>12</sup> Verkehr auf einen Blick 2013, S.23

<sup>13</sup> <http://www.lenne-schule.de/fachb/alpen/verkehr/html/Gliederung/folgen.html>

<sup>14</sup> Prof. Dr. rer. pol. Stefanie Müller, Das Problem der Leerfahrten im Straßenverkehr – und Möglichkeiten zu deren Reduzierung

<sup>15</sup> Vom Erz zum Auto, 5-2013 Dossier, Misereor, S. 4

<sup>16</sup> Oliver Ristau, Die dunkle Seite der Rohstoffmärkte, VDI-Nachrichten, 13.12.2013

<sup>17</sup> VDA Politikbrief 02/2013, S. 3

Durch die Luftverschmutzung bedingte Biodiversitätsverluste resultieren indirekt aus Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) und Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>). Stickoxid führt zu einer Erhöhung der im Boden vorhandenen Nitrate (Eutrophierung), die wiederum eine Gefahr für in der Artenvielfalt darstellt. Stickstoff und Schwefeloxide werden in Salpeter-/Schwefelsäure umgewandelt, die zur Versauerung des Bodens führt.

## Freies WLAN - ein Geschenk mit Hintergedanken!

Die digitalen Medien haben unsere Gesellschaft verändert. Begeistert werden sie von den Menschen und den sozialen Bewegungen genutzt. Edgar Snowden hat uns bewusst gemacht, welche tiefgreifende Veränderungen mit ihrer Nutzung unbemerkt vor sich gehen, bei denen wir freiwillig mitwirken. Statt digitaler Freiheit und Demokratie sind wir mit BigData konfrontiert. Eine kollektive Selbsttäuschung fand statt. Die digitale Freiheit, der Hype des Internets, des Facebooks, der SmartPhones und Tablets erweist sich als eine große Freiheitsfalle. Die Stuttgarter Medienwissenschaftlerin & HdM Professorin Petra Grimm sagte in einem Interview:

„Derzeit wird erfasst, was einer ist. Also Geschlecht, Alter, Wohnort, Einkommen - und mit wem jemand kommuniziert. Durch die Art, wie wir derzeit durch Algorithmen erfasst und klassifiziert werden, werden wir entpersonalisiert. Sie werden beispielsweise über ihr Wohngebiet danach eingestuft, ob sie kreditwürdig sind oder nicht. Sie kommen sofort in ein Raster. Sie wissen nicht, auf welcher Grundlage Sie eingestuft werden und haben keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Das ist ein bedrohliches Szenario.“ (Stuttgarter Zeitung, 21.01.2014)

Erfasst, berechnet, durch Algorithmen im Profil abgespeichert und kategorisiert



und dann mit personalisierten Informationen gefüttert, soll ein Mensch entstehen, der als jederzeit manipulierbarer Untertan und Konsument funktioniert. Soziale Protestbewegungen können lückenlos überwacht werden. Was ändert sich im Bewusstsein, wenn jeder weiß, dass er ständig überwacht wird? Julia Zeh schreibt in der FAZ:

„In einem solchen System sind die Folgen des eigenen Verhaltens nicht mehr absehbar. Wir wissen nicht, welche E-Mail, welche Kaufentscheidung oder welches Freizeitvergnügen zu einer Herabstufung unserer Kreditwürdigkeit, zur Ablehnung einer Beförderung oder zum Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten führen. Aus dieser tiefgehenden Verunsicherung

folgt ein Zwang zur „Normalität“, wenn nicht zur bestmöglichen Performance in allen Lebensbereichen. „Bestmöglich“ bedeutet dabei, die Erwartungen der Informationsmächtigen intuitiv zu erfassen und nach besten Kräften zu erfüllen. „Ich habe nichts zu verbergen“ ist somit ein Synonym für „Ich tue, was man von mir verlangt“ und

damit eine Bankrotterklärung an die Idee des selbstbestimmten Individuums.“<sup>1</sup>

Ob diese Manipulationen gelingen, ist eine andere Frage, aber das ist der Plan. Er wurde ausgearbeitet in den neoliberalen ThinkTanks, wie es Frank Schirmacher (FAZ) in seinem Buch „Ego“ detailliert nachweist. Nicht der Mensch nutzt die digitalen Medien, sondern sie nutzen ihn, ohne dass er es merkt. Und zwar schon heute. Schirmacher schreibt, der „Staat der Zukunft“ werde „ein gigantisches kommerzielles, real existierendes Internet... Vorherzusagen, was einer tun, kaufen, denken wird, um daraus einen Preis zu machen, diese Absicht verbindet Militär, Polizei, Finanzmärkte und alle Bereiche digitaler Kommunikation.“<sup>2</sup>

### Was ist „frei“ am WLAN?

Dies ist nicht Science Fiction. Die Installation dieser Überwachung findet z.Zt. in allen Städten statt unter der Flagge „Freies WLAN“. Im Auftrag von Kaufhausketten und lokalen Händlern werden von Privatfirmen über WLAN die Bewegungsdaten und das personalisierte Kaufverhalten der Bürger erfasst.

„Freies WLAN“ heißt freie Daten für die Industrie. Die Kombination der abgeschöpften, personalisierten Daten aus Google, Facebook, Twitter, Schufa-, Bank- und Gesundheitsdaten,



Foto: Phil Campbell - CC:20



Kassenauswertungen der Einkaufsketten, Apotheken und der Vernetzung der Autos über LTE und WLAN ergibt den gläsernen Konsumenten, ein exaktes Profil unter Aufhebung jeglicher Privatsphäre. Der digitale Abdruck des Nutzers wird zur Handelsware, die sich jeder kaufen kann. Auch die Personalabteilungen der Industriebetriebe. Der Bürger wird der anonymen Manipulation durch Werbung, der Überwachung durch Behörden, Personalabteilungen, Geheimdiensten bis hin zu kriminellen Geschäftemachern im Internet ausgeliefert.

### ...dazu noch gesundheitsschädlich

Da die Nutzer und v. a. die Jugendlichen ihr SmartPhone und Tablet v. a. zunehmend über „freies“ WLAN nutzen, sind sie einer hohen körpernahen Strahlung ausgesetzt. WLAN wird die Dauerbelastung enorm erhöhen. Der Vorteil für die Kommunikationsindustrie: Strahlen - Schutzbestimmungen für WLAN gibt es nicht. WLAN ist eine Mikrowellenfrequenz von 2,45 GHz. Am 22.05.2013 veröffentlichte das WIK (Wissenschaftliches Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste), das von der Mobilfunkindustrie und der Bundesregierung getragen wird, Ergebnisse von WLAN-Studien unter dem für Mediziner vielsagenden Titel „Vier experimentelle Studien zu oxidativem Stress induziert durch 2,45 GHz Mikrowellen-Exposition“. Eine Studienrecherche der Verbraucherschutzorganisation Diagnose – Funk kommt auf 38 Studien zu WLAN, die sein Risikopotential nachweisen<sup>3</sup>, unterhalb der Grenzwerte, alle dokumentiert in der Datenbank der Bundesregierung. Die Forschungen zeigen: Die nichtionisierende Strahlung des Mobilfunks führt zu Zellschäden, u. a. ist sie über die Generierung von Freien Radikalen an der Auslösung vieler Krankheiten wie Kopfschmerzen, Schlaf- und

Konzentrationsstörungen, Erschöpfung und Spermenschädigungen beteiligt.<sup>4</sup>

Die Europäische Umweltagentur verglich die WLAN-Strahlung auf Grund der Forschungslage 2007 mit Asbest, 2013 stufte sie diese Strahlungsart als Risikotechnologie ein. Der Schweizer Rückversicherer Swiss Re stufte erst kürzlich die elektromagnetischen Felder in das höchste Risikopotential ein. Die WHO hat diese Strahlung als möglicherweise krebserregend eingestuft. Im Februar 2013 warnten bei der Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages die drei Sachverständigen der Oppositionsparteien und forderten vor allem für die WLAN-basierten Endgeräte Schutzbestimmungen.

Gibt es Alternativen? Dort, wo sich WLAN nicht vermeiden lässt, fordert Diagnose-

Funk die Einführung eines leistungsgeregelten WLANs (ECO WLAN). Wir fordern v. a. in Schulen und staatlichen Einrichtungen den Verzicht auf WLAN, 95% aller Anwendungen können verkabelt werden. Und weiter: die VLC (Visible Light Communication, Li-Fi) - Technik muss gefördert werden, durch die Unterstützung der Forschung und durch Projekte, damit WLAN schnell durch eine nichtschädliche Technologie abgelöst werden kann.

Diese Fakten scheinen beim WLAN-Hype keine Rolle zu spielen. Geschäft und Überwachung gehen vor Gesundheit.<sup>5</sup> Die Politiker aller bürgerlichen Parteien fallen auf die Vermarktungsstrategien der Industrie und ihrer Lobby kritiklos herein. Und in den sozialen Bewegungen, wie bei ‚Stuttgart 21‘, beobachte ich die Reaktion: „Du hast schon recht, eine Sauerei, das mit der Überwachung“ - um dann wieder weiter mit dem SmartPhone zu spielen. Man liebt seine Wanze, die Geheimdienste freuen sich. Es bedarf noch viel Aufklärung.

*Peter Hensinger*

*Mitglied im Vorstand von Diagnose-Funk e.V.*

## diagnose>FUNK

<sup>1</sup> Juli Zeh: Schützt den Datenkörper, FAZ, 11.02.2014

<sup>2</sup> Frank Schirrmacher: Ego, 2013, S. 101 f.

<sup>3</sup> <http://www.diagnose-funk.org/themen/wlan/index.php>

<sup>4</sup> Mehr Informationen zur Studienlage auf: [www.diagnose-funk.de](http://www.diagnose-funk.de), [www.mobilfunkstudien.de](http://www.mobilfunkstudien.de)

<sup>5</sup> Zu diesem Thema gibt es eine ausführliche Analyse des Autors, sie kann heruntergeladen werden: <http://www.diagnose-funk.org/themen/bestrahlte-generation/ueber-die-digitalisierung-des-naturerlichen.php>



Foto: Jürgen Donnervert - CC-BY

## Fracking-Pläne der Konzerne fordern Weiterentwicklung des Widerstands heraus

Gibt man in Internet-Suchmaschinen „Widerstand Fracking“ ein, stößt man auf hunderte Seiten - von Aachen in Deutschland bis Zurawłów in Polen. Wo immer Fracking-Vorhaben bekannt werden, entwickelt sich Widerstand dagegen. Wie breit und international er bereits ist, zeigte das Treffen von Anti-Fracking-Initiativen aus 19 europäischen und nordafrikanischen Ländern und Regionen in Saint-Christol-lez-Alès (Frankreich) vom 7. bis 9. März 2014, die ein generelles Fracking-Verbot forderten.

Was Fracking ist und was die Menschen gegen das Fracking aufbringt, ist inzwischen weitgehend bekannt und soll hier nur kurz und knapp dargestellt werden. (s. Info-Kästen) Hier soll der Frage nachgegangen werden, warum und mit welchen Methoden die internationalen Großkonzerne Fracking mit aller Macht durchsetzen wollen.

Steve Butler, Direktor von KPMG's Energy & Utilities Advisory, einer Art Dachverband weltweiter Unternehmensberatungen, empfahl bereits Anfang 2012 den nordamerikanischen Öl- und Gaskonzernen rund um das Fracking einen komplett neuen Industriezweig aufzubauen. Dabei rückte er als „*Neuland für nordamerikanische Investoren*“<sup>1</sup> vor allem Polen, Rumänien und die Ukraine in den Blickpunkt, weil sie besonderes Interesse daran hätten, von russischen Erdgaslieferungen unabhängig zu werden. „*Die Ukraine hat die größten geschätzten Schiefergasvorkommen in der CEE-Region*“, erklärte Butler und wies darauf hin, dass die Regierung gerade mit Chevron und der italienischen ENI ein

Abkommen zur Ausbeutung der Schiefergasvorkommen geschlossen hätte. Dass das Land sich damit von der einen in die andere Abhängigkeit begibt, wird dabei überdeutlich. Die aktuell heftigen Auseinandersetzung zwischen der EU und Russland um den Einfluss auf die Ukraine gewinnt vor dem Hintergrund dieser Analyse eine erweiterte Bedeutung. Zeigt sie doch, dass die „unkonventionelle Gasförderung“ bewusst genutzt wird, um machtpolitische Veränderungen herbeizuführen.

Bleibt zu klären, was es mit dem Aufbau des „neuen Industriezweigs“ auf sich hat.



„Schiefergas – Nein danke!“ ist das Motto der dänischen Bewegung gegen Fracking

In der Tat ein spannendes Kapitel. Zu allererst ist hier die Industrie zu nennen, die unmittelbar mit der Gasförderung bzw. mit der Schaffung der Voraussetzungen dafür beschäftigt ist: Bohrausrüstung mit



Riesige Milliardenbeträge werden in LNG-Tanker und -Terminals investiert, anstatt in den Ausbau erneuerbarer Energien.

allem, was dazu gehört, ist z. B. für den Weltkonzern Halliburton ein Geschäft, in dem er sich auskennt. Halliburton war ausführendes Unternehmen der ersten

Fracking-Bohrung 1995 im westfälischen Münsterland oder auch bei der katastrophalen Tiefseebohrung „Deep Water Horizon“ im Golf von Mexiko. Der Konzern zählt aktuell weltweit 77.000 Beschäftigte, wies 2013 einen Umsatz von 29.402 Mio. US\$ und ein Ergebnis nach Steuern von 2116 Mio. US\$ aus, jeweils etwa doppelt so viel wie 2009.<sup>2</sup> Die US-Öffentlichkeit wusste wohl sehr gut, warum sie das Gesetz „Energy Policy Act“, das ab 2005 Fracking-Vorhaben den Weg ebnete, weil es sie von der Überwachung im Rahmen des „Clean Water Acts“ (Trinkwasserschutzgesetz) ausklammerte, als „Halliburton-Loophole“ (Deutsch: Halliburton-Schlupfloch) bezeichnete.

Wer profitiert sonst noch? Chemiekonzerne, Straßenbauunternehmen, LKW-Hersteller, Containerbaufirmen, Pipeline-Konzerne. Der Pipelinebetreiber Kinder Morgan investierte 2011 rund 38 Milliarden Dollar in den Kauf des Pipelinenetzes von El Paso und wurde zum größten Pipeline-Konzern der USA mit über 22 Prozent des gesamten Gasnetzes.<sup>3</sup>

Welche Ausmaße die weltweiten Investitionen rund um Fracking haben, beschreibt Anfang 2013 der Artikel „Auf dem Weg ins ‚Golden Gas Age‘: „Die amerikanische Chemieindustrie kleckert nicht, sie klotzt:

### Fracking – Was ist das?

Der Begriff „Fracking“ ist abgeleitet vom englischen „hydraulic fracturing“. Er bezeichnet eine Methode bei der Gasförderung, Gestein mit großem hydraulischem Wasserdruck aufzubrechen. Bei der herkömmlichen Gasgewinnung aus großen Gasblasen wurde ein solches Aufbrechen teils angewendet, damit das Gas besser abfließt. Wenn wir heute von „Fracking“ sprechen, so geht es um die „unkonventionelle Gasförderung“. Dabei werden gasführende Schichten aus Schiefer- und Tongestein oder Kohleflöze in einem Radius von 1 – 2 km um das Bohrloch und in mehreren

Etagen, je nach Mächtigkeit der Schichten, mit horizontal abgelenkten Bohrungen zertrümmert und gesprengt. Ein Verfahren, das seit gut 10 Jahren mit modernster Micro-Elektronik und darauf basierender Spitzentechnologie großtechnisch angewandt wird. Damit das frei gesprengte Gas fließt, bedarf es großer Mengen an Wasser, Sand und teils hochgiftiger Chemikalien. Letztere sind unverzichtbar, um die Mikroorganismen im Boden abzutöten, die erzeugte Risse rasch wieder schließen würden.



14 neue Ethan-cracker – Kostenpunkt bis zu 34 Milliarden US-Dollar – wurden in den vergangenen Monaten angekündigt. Der südafrikanische Sasol-Konzern plant für 14 Milliarden US-Dollar eine Anlage, die Erdgas zu Diesel umwandeln soll. Daneben sollen mehr als ein Dutzend neue Großanlagen zur Produktion von Methanol, Ammoniak und Düngemittel entstehen. Der Grund dafür ist ein unscheinbares Molekül:  $\text{CH}_4$ .<sup>4</sup> Von deutscher Seite teils mit Milliarden-Investitionen dabei sind Konzerne wie BASF, Linde und ThyssenKrupp. „Fracking-Bonanza für deutsche Firmen“ jubilierte deshalb das manager magazin online am 3.1.2014.

Allerdings droht diesem Boom der Gewinne in den USA ein jähes Ende. Die Gasproduktion in den USA stagniert seit Ende 2012. Die Investitionen ausländischer Unternehmen gehen offenbar schon wieder zurück. Nach jüngst vorgelegten Zahlen haben diese im Jahr 2013 nur noch 3,4 Milliarden Dollar in den USA in Fracking investiert. 2012 waren es noch sieben Milliarden Dollar. Und im Jahr 2011 steckten die Unternehmen sogar 35 Milliarden Dollar in die Boomindustrie.<sup>5</sup> Der Gaspreis hat sich seither von 2 auf 4 \$/MMBtu<sup>6</sup> verdoppelt, liegt aber noch weit unter dem Gaspreis in Europa.

All dies sind Triebkräfte dafür, Fracking in Europa durchzusetzen, zumal aufgrund des derzeit hohen Gaspreises hohe Renditen auf die Milliardeninvestitionen locken. Gleichzeitig schicken sich ExxonMobil und Co an, mit verflüssigtem Schiefergas aus den USA den europäischen Markt zu überschwemmen. So werden derzeit zahlreiche neue Schiffe für den Gastransport über die Weltmeere gebaut. Weit über 300 LNG-Tanker sind bereits weltweit registriert. Sie gehören in der Regel Fördergesellschaften wie Qatargas oder Energiekonzernen wie Shell und ExxonMobil.



**Die Bevölkerung des polnischen Dorfs Zurawłów leisten erbitterten Widerstand gegen den Chevron-Konzern und seine Fracking-Pläne – mit Erfolg!**

Zur Lagerung will der Ölkonzern Petronas 35 Milliarden US-Dollar für Flüssiggas-Terminals ausgeben. BG Group, Chevron und Exxon Mobil wollen Kanada als Ausgangspunkt ihrer LNG-Exporte aufbauen. In der EU wird derzeit die EU-Kapazität von 21 Flüssiggas-Terminals ausgebaut: sieben neue sind bereits im Bau, 32 in Planung.

Aufgrund hoher Gaspreise in Europa und Asien ist dies trotz der kostspieligen Kühlung auf  $-162\text{ }^{\circ}\text{C}$ , teuren Terminals und dem Transport ein profitables Geschäft. Die enormen Umweltschäden, die damit verbunden sind, kann man sich ausmalen. Bleibt die Frage, wie die Öl-, Gas- und Energiekonzerne ihre Pläne gegen den Widerstand der Bevölkerung in Europa durchsetzen wollen. Immerhin gibt es hier trotz aller Medienoffensiven eine klar ablehnende Haltung gegenüber Fra-

cking und den Produkten aus unkonventioneller Gasförderung. Offenbar soll die TTIP (Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft) helfen, diesen Widerstand der Bevölkerung unwirksam zu machen.

*„Kommt Fracking durch Freihandel?“ fragt Alexandra Endres in DIE ZEIT am 6.3.2014 und schreibt: „Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU könnte Energiekonzernen die Möglichkeit geben, die umstrittene Fördertechnologie Fracking in Europa auf dem Gerichtsweg durchzusetzen – selbst wenn die eigentlich gültigen Gesetze Fracking einschränken oder verbieten.“*

Und Dr. Harald Klimenta warnt auf einer Attac-Veranstaltung in Karlsruhe am 17.2.2014: „Ausländische Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränken. ... Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht.“<sup>8</sup>

Die „Spiegelfechter“ bewerten deshalb TIPP wie folgt: „Es wäre naiv anzunehmen, ein Freihandelsabkommen würde zu wirtschaftlichen Verbesserungen für die Menschen in Europa und den USA führen. Es führt zu volleren Portemonnaies der Großkonzerne, zu krankmachenden Lebensmitteln, zur Gesundheitsgefähr-

**Das Risiko ist groß: Überflutetes Fracking-Bohrfeld in Colorado – eine große Gefahr für Mensch und Natur**





Regionalgruppe beim Weltklimatag in Stuttgart

derung des Trinkwassers durch Privatisierungsmaßnahmen, zu einem weiter ansteigenden Verlust des Datenschutzes und zu Umweltschäden durch das riskante Fracking.“<sup>9</sup>

Sowohl Fracking als auch TTIP gilt es also zu verhindern. Dabei sollte man sich nicht der Illusion hingeben, die Konzerne würden sich von selbst vom Fracking abwenden, nur weil einzelne wie RWE mit DEA seine Öl- Gas- und Fracking-Sparte jüngst verkaufte. Im Gegenteil: Die EU will sogar Länder wie Frankreich oder

Bulgarien, in denen Fracking untersagt ist, zwingen, die extrem umweltschädliche Gasförderung bei Strafe zu erlauben. Insofern ist der Aufbau der Umweltgewerkschaft dringend notwendig, verfolgt sie doch das Ziel, die Kräfte von Arbeiter- und Umweltbewegung zu bündeln und auf kämpferischer Grundlage mit internationaler Orientierung zusammen zu bringen. Wie anders wollen wir den Großkonzernen und ihren Fracking-Plänen wirksam entgegentreten?

Werner Engelhardt, Politologe

<sup>1</sup> [www.naturalgaseurope.com/](http://www.naturalgaseurope.com/)

<sup>2</sup> [www.finanzen.net/bilanz\\_guv/Halliburton](http://www.finanzen.net/bilanz_guv/Halliburton)

<sup>3</sup> [www.chemietechnik.de](http://www.chemietechnik.de), 2/2013

<sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> [dw.de/fracking-usa-unter-druck](http://dw.de/fracking-usa-unter-druck)

<sup>6</sup> million British thermal units, mm steht für tausend tausend; 1 mmBTU entspricht 26,4 Kubikmeter Gas

<sup>7</sup> [www.energycomment.de/shale-gas-fracking-folgen-fur-gaspreise-und-investitionen-geb-nr-85](http://www.energycomment.de/shale-gas-fracking-folgen-fur-gaspreise-und-investitionen-geb-nr-85)

<sup>8</sup> [www.mittelbaden.verdi.de](http://www.mittelbaden.verdi.de)

<sup>9</sup> [www.spiegelfechter.com/wordpress/127468/freihandelsabkommen-die-freibreiter-des-neoliberalismus-schlagen-zu](http://www.spiegelfechter.com/wordpress/127468/freihandelsabkommen-die-freibreiter-des-neoliberalismus-schlagen-zu)

#### „Generelles weltweites Verbot von Fracking!“

- Im öffentlichen Fokus steht vor allem die Gefahr der Vergiftung des Trinkwassers. Dazu gibt es nachweislich sehr negative Erfahrungen vor allem in den USA, wo in der Nähe von Fracking-Feldern neben dem giftigen Methan, auch erhöhte Werte von Schwermetallen, Nervengiften und fruchtschädigenden Chemikalien im Wasser nachgewiesen werden konnten. Für die Entsorgung des Rückflusses, Flowback genannt, ein Gemisch aus eingebrachter Frack-Flüssigkeit und Lagerstättenwasser aus der Tiefe, gibt es keine umweltverträgliche Möglichkeit der Entsorgung. Ein Großteil dieses Gift-Cocktails wird verdunstet oder einfach ins Erdreich verpresst. Dies

wäre schon Grund genug, diese Risiko-Technologie zu verbieten.

Fracking ist ein Generalangriff auf die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen! Die Erdschicht wird in Fracking-Gebieten erheblich zertrümmert, wobei die langfristigen Folgen kaum bekannt sind. Unmittelbar kommt es zu Rissbildungen an der Erdoberfläche, auch an Häusern. Erdbeben wurden nachweislich durch Fracking ausgelöst. Die Böden werden vergiftet, Lebewesen abgetötet.

Fracking verpestet auch die Luft mit Quecksilber, Schwermetallen und radioaktiven Stoffen. Arbeiter an Bohrtürmen und Bewohner in deren Umgebung lei-

den gehäuft an Lungenkrebs, ausgelöst durch die feinen Quarzsande.

Fracking macht neue Straßen in erheblichem Umfang notwendig, steigert den LKW-Verkehr enorm und bedeutet großen Flächenverbrauch – eine schädliche Industrialisierung landwirtschaftlicher Gebiete. Die Ruinierung landwirtschaftlicher Existenzen geht damit einher.

Unkonventionelles Gas hat eine extrem schlechte Klimabilanz, ist noch schädlicher als Kohle-Verstromung, erst recht, wenn es über weite Strecken transportiert wird. Es steht der dringend notwendigen Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger direkt entgegen.



## Giftmüll-„Verklappung“: eine riesige Bedrohung für das Leben im Ruhrgebiet

Bereits in den 80er Jahren gab es erfolgreichen Widerstand gegen die Einlagerung von Sondermüll aus Müllverbrennungs- und Industrieanlagen in stillgelegte Bergwerksstollen im Ruhrgebiet. Von mindestens 1,6 Mio. Tonnen „verklappten“ Mülls unter Tage geht man bis heute aus. Davon sind mindestens 600.000 Tonnen hochgiftiger Müll (verseucht mit PCB, Dioxinen, Furanen).

Genehmigungsgrund war für die damalige SPD-Landesregierung die Behauptung, dass dieser kontaminierte Müll „Wirtschaftsgut“<sup>1</sup> sei.

1987 gab es Bedenken von Experten gegen die Pläne, Giftmüll einzulagern: *„Die Dortmunder Zeche „Minister Stein“ war von Matthiesens Ministerium auf eine Verfüllung mit „bergbauspezifischen Abfällen“ geprüft worden. Nach einer noch nicht abgeschlossenen Studie der Ruhrkohle AG müssen wegen möglicher „Gesundheitsgefährdungen“ sämtliche Fässer und Kanister von einer Deponierung unter Tage ausgeschlossen werden, sofern sie Fette oder Hydraulikflüssigkeiten enthalten.“ ... „Die Mehrzahl aller Gruben“, urteilt Experte Wiedemann vom Umweltbundesamt aufgrund der bisherigen Erfahrungen, sei für Deponiezwecke „völlig ungeeignet“.*<sup>2</sup>

Professor Gellinek an den Dortmunder Stadtrat 1987: *„...es ist natürlich auch richtig, daß es im strengen Sinne keine absolute wasserundurchlässige Gesteinsschicht geben wird“.*<sup>3</sup>

Die Kumpelzeitung „Vortrieb“ titelte bereits in ihrer Ausgabe 04/1987 vorausschauend *„Gifterbe für Generationen“*... und weiter... *„Durch derartige Untertage-deponien wird eine umfassende Grundwasserkatastrophe im Revier bewusst in Kauf genommen“.*

Von 1991 bis 1996 wurden alleine auf Hugo/Consol in Gelsenkirchen 281.314 Tonnen „Reststoffe“ verfüllt. Bei 350 bis 450 DM pro Tonne hat das Einnahmen für die Ruhrkohle AG (RAG) allein in Gelsenkirchen in Höhe von ca. 100 Mio. DM bedeutet.

Von Beginn an gab es teilweise schwerwiegende Unfälle, wie bei der Einlagerung

von 1000 Tonnen dioxinbelasteter Rückstände eines Brandes auf Hugo im Juni 1996: geplatzte Schläuche, verätzte Bergleute uvm. Die Stadt Gelsenkirchen hatte bei den Entscheidungsprozessen kein echtes Mitsprache- und Entscheidungsrecht. Es war der Betriebsrat, der die Anträge der Ruhrkohle AG an das Bergamt Gelsenkirchen zur Einlagerung des Giftmülls unterzeichnete.<sup>4</sup>

Mitte 2013 gab der Landwirt Hermann Schulze-Bergkamen aus Bergkamen ein Gutachten in Auftrag. Er beobachtete auf seinen Getreidefeldern, dass dort, wo Wasser austrat, nichts mehr wuchs. Die RAG sah sich nicht in der Verantwortung. Der Landwirt beauftragte den Wasserexperten und Ex-Abteilungsleiter im NRW-Umweltministerium, Harald Friedrich, mit der Erstellung eines Gutachtens. *„Friedrich hat nach eigenen Angaben in seiner Expertise „Indizien“ zusammengetragen, die darauf hindeuten, dass kontaminiertes Wasser aus den Stollen-Tiefen eben doch aufsteigen könnte.“*<sup>5</sup> Auf dem Bergwerk Haus Aden in Bergkamen wurden von 1991 – 2004 Tausende Tonnen an Giftmüll eingelagert.

Wenn mit dem angepeilten Ende des Bergbaus 2018 die Wasserhaltung zurück gefahren wird, besteht die Gefahr, dass das Grubenwasser das Gift aus über 1000 m Tiefe mit nach oben spült. Dort vermischt es sich mit dem Oberflächen- und Grundwasser mit katastrophalen Folgen für Millionen Menschen.

Es gibt die Überlegung, die Wasserhaltung bis auf 500 m abzusenken, weil es *deutlich wirtschaftlicher ist*.<sup>6</sup> Die Wasserhaltung in bis zu 1400 m Tiefe muss unbedingt aufrecht erhalten werden, bis die Rückführung des Sondermülls erledigt ist. Die Verursacher müssen für die Kosten der Aufbereitung und die Entsorgung aufkommen. Es muss darüber vollständige Publizität hergestellt werden!



Die Proteste nehmen zu

*„Müsste diese Altlast saniert werden, das heißt der runtergebrachte Sondermüll geborgen werden, was technisch unter großem Aufwand möglich ist, dann würden diese Rückführungskosten die Einnahmen aus der Sonderabfallverbringung um Größenordnungen übersteigen.“*<sup>7</sup>

Frühestens im Spätsommer will die Landesregierung NRW (SPD/Grüne) ein Gutachten in Auftrag geben, das über die Risiken Aufschluss geben soll. Fertigstellung: nicht vor 2017.<sup>8</sup> Das ist unannehmbar!

Eckehard Osimitsch

<sup>1</sup> <http://www.bund-nrw.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/giftmuell-in-bergwerken/>

<sup>2</sup> DER SPIEGEL 9/1991, S.101

<sup>3</sup> Unter Tage v. 06.11.1987/Bergbauzeitung

<sup>4</sup> der westen - online vom 18.11.2013: inhaltlich verkürzte Wiedergabe

<sup>5</sup> WDR 2 vom 15.07.13: [http://www1.wdr.de/themen/archiv/sp\\_bergbau\\_spaetfolgen/rag112.html](http://www1.wdr.de/themen/archiv/sp_bergbau_spaetfolgen/rag112.html)

<sup>6</sup> PDF Wasserhaltung im Bergwerk-RAG-Stiftung (S.11)

<sup>7</sup> Interview Welt am Sonntag (online) 28.07.13 mit Abfallexperte und Biochemiker Harald Friedrich

<sup>8</sup> der westen - online vom 17.02.2014

## Bunkerbrand in Müllverbrennungsanlage

In der Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis brannten im Oktober 2013 drei Tage lang etwa 5.000 Tonnen unsortierter und ungefilterter Müll (Hausmüll, Sperrmüll und Gewerbemüll). Den Feuerwehren ging der Löschschaum aus. Für die Bevölkerung bestehe keine Gefahr, sagten die Verantwortlichen der MVA, es stinke nur etwas.

Suhl ist Luftkurort geworden. Verliehen wurde dieser Titel u.a. von Gremien der Industrie und Handelsvertretungen. Deshalb gab es wohl auch außerhalb der regionalen Nachrichten keine Meldungen dazu. Das meint Petra Hardt, die uns über den Vorfall berichtete. Sie ist die Vorsitzende von „Ein besseres Müllkonzept in Südthüringen e.V.“ Petra Hardt weiter: „In Hannover musste nach dem Vorfall in der MVA der Sand der Spielplätze ausgetauscht werden, in der Region Stuttgart

war eine Bahnstrecke gesperrt. So lange es keine aussagekräftigen Untersuchungen zu den Folgeschäden gibt, gibt es auch keine Ungefährlichkeit.“

In den letzten acht Jahren hat es mindestens 22 Brände in MVAs gegeben! Ausgelöst werden solche Brände durch die unkontrollierten und unsortierten Müllladungen. In die Müllbunker kommt alles was angeliefert wird. Bunkerbrände sind sehr gefährlich für die Gesundheit von Menschen und Tieren, da alle Stoffe,



Müllbunker (Foto: Fruggo · CC1.0)

auch die Hochgiftigen, ungehemmt und ungefiltert in die Umwelt abgegeben werden. Übrigens: Durch Kontrollen könnten mindestens 60 Prozent der Ladungen aussortiert und an die Abfallwirtschaften zur Verwertung weiter gegeben werden.

Die Müllverbrennungsanlagen sind auch im laufenden Betrieb

wahre Giftschleudern und tragen zur chronischen Volksvergiftung bei. Die unendlich lange Lagerung der hochgiftigen Rückstände wie Schlacken oder Schlämme birgt vielerlei Gefahren für Umwelt und Gesundheit. Müllverbrennung ist eine Ressourcenvergeudung, die beendet werden muss. Stoffe müssen recycelt werden.

Unser Verein fordert deshalb das Verbot der Müllverbrennung. Wir fordern die Erstellung einer Pilotanlage für das Kryorecycling von Kunststoffen und Elektronikschrott und treten für ein Verbot von nicht kompostierbaren Plastiktüten ein. Die EU-Empfehlung, künftig keine dünnen Plastiktüten in Kaufhäusern mehr auszuliegen, ist völlig unzureichend.



Anzeige der Homepage von [www.stop-mva-zm.de](http://www.stop-mva-zm.de)

## Vereins-T-Shirt: Kreislaufwirtschaft total (Bio und Fair-Trade Textil)



*Eine gute Möglichkeit, für die Bürgerbewegung Werbung zu machen.*

**Preis: 13,- Euro**

**vorrätig sind noch die Größen: S, M, L, XL für Frauen (alles taillierte Größen) und S, M, L, XL für Männer**



## 4. Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte in Rosia Montana

Nach bisherigen Foren im italienischen Susa-Tal (2011), im französischen Notre-Dame-des-Landes (2012) und in Stuttgart (2013), findet das Forum in diesem Jahr zwischen dem 8. und 11. Mai 2014 im rumänischen Rosia Montana statt.

Der rumänische Ort ist bedroht durch das größte, auf dem Einsatz von Zyanid basierenden, Gold-Bergbau-Projekt in Europa; zum Vorteil der kanadischen Firma Gabriel Resources und auf Kosten von Menschenleben, der Gemeinden und der Umwelt. Die geplante Mine (Tagebergbau) zerstört eine Erdoberfläche von 1500 Hektar (einschließlich 4 Berge und Wälder), 740 Bauernhöfe und 140 Wohnungen sowie 10 Kirchen, 9 Friedhöfe, 50 Kirchengebäude. Über 2000 Menschen sollen umgesiedelt werden. Bereits die Römer hatten in der Gegend Gold abgebaut und es sind noch viele römische und prä-römische Gebäudeteile erhalten.

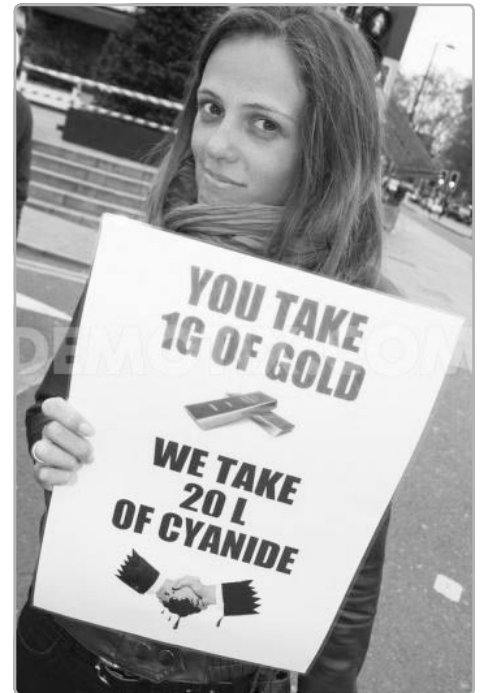
Goldtagebergbau ist eine zerstörerische Abbaumethode. Um ein Kilogramm Gold aus dem Erz zu lösen, werden 167 Kilogramm Zyanid benötigt. Zyanid ist hochgiftig. Schon eine Menge von der Größe eines Reiskorns ist tödlich. Zyanid löst neben dem Gold auch Giftstoffe wie

hochtoxisches Arsen und Quecksilber aus dem Gestein. Das Grundwasser und die Luft werden in diesen Regionen für Jahrhunderte kontaminiert. Der Wasserverbrauch ist enorm.

Diese Mine stellt eine massive und weitreichende Bedrohung dar. Falls Wasser mit Zyanid, Arsen oder Quecksilber auslaufen sollte, hat dies Auswirkungen auf Ungarn, Serbien und Bulgarien.

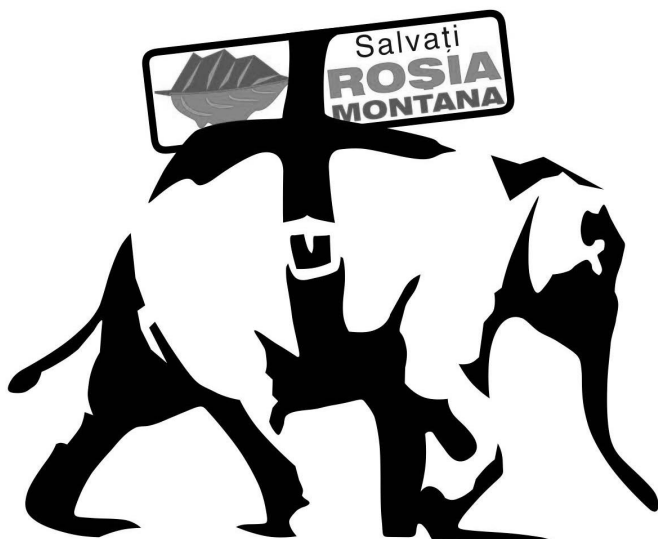
Wie alle anderen Mega-Projekte wird die Goldmine in Rosia Montana von dem kanadischen Unternehmen und der rumänischen Regierung als Instrument für Wachstum und Arbeitsplätze präsentiert und mit Korruption, Lügen, Betrug, Einschüchterung und Repression vorangetrieben. Doch eine starke lokale, nationale und internationale Bewegung kämpft seit dem Jahr 2000 gegen die Errichtung dieser Goldmine. Diese Initiative entwickelte sich inzwischen zur größten sozialen und ökologischen Bewegung gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der rumänischen Regierung. Ebenso wächst die Bewegung gegen Fracking in Rumänien..

Organisationen und Initiativen aus



Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Slowakei, Spanien, Türkei, Ukraine, Großbritannien, Rumänien und nordafrikanischen Ländern werden anwesend sein.

Detaillierte Informationen über das Programm: [www.rosiamontana.org](http://www.rosiamontana.org)



## Erfahrungen drei Jahre nach Fukushima

Es ist schwer zu verstehen, was in Japan in Zusammenhang mit der Kernenergienutzung geschieht und ebenso – was nicht geschieht. So bestreitet heute niemand mehr, dass die Amerikaner den Japanern die Kernkraftwerke als Wiedergutmachung für die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki gebracht haben. Sie haben nicht nur für die Technik gesorgt sondern auch für eine sehr unkritische Behandlung der Kernenergienutzung in den Medien, in Politik, Wissenschaft und Erziehung. Die für Deutschland so wichtige Erfahrung mit Tschernobyl gab es in Japan nicht, so dass Fukushima dieses technisch so hochqualifizierte Land völlig unvorbereitet traf. Die Kombination von Erdbeben, Tsunami und der Zerstörung von vier Kernkraftwerken machte diese Katastrophe zu einem besonders grausamen Ereignis.

Bei meinem jüngsten Besuch im Frühjahr 2014 erscheinen folgende Entwicklungen von besonderer Bedeutung: Über ganz Japan verteilt kenne ich inzwischen Mütter und ihre kleinen Kinder, die überwiegend auf eigene Initiative und ohne staatliche Unterstützung aus der Region Fukushima geflohen sind. Die Familienväter sind überwiegend zurückgeblieben, um dort ihre Arbeitsstellen nicht zu verlieren. Viele Familien leiden darunter schwer oder sind gar daran zerbrochen. Auch die Großeltern sind typischerweise zurückgeblieben und verstehen die Entscheidung der jungen Mütter nicht. Dazu gibt es erheblichen Druck von Seiten der Politik, die Region nicht zu verlassen, es gibt sogar gezielte Werbung, mit der die geflohenen Mütter dazu bewegt werden sollen, wieder zurückzukehren. Im Blick ist dabei nur die wirtschaftlich-politische Existenz der Präfektur Fukushima – nicht aber die Gesundheit der Kinder. Eine großangelegte Untersuchung von Kindern auf Schilddrüsenenerkrankungen hat erbracht, dass es Auffälligkeiten in Form von Schilddrüsenknoten, Zysten und Schilddrüsenkrebs gibt. Aber das wird beiseitegeschoben mit der Erklärung, dass diese Auffälligkeiten sicher nicht von den zerstörten Reaktoren ausgelöst wur-

den, dazu wären die Ergebnisse zu früh, außerdem hätte man ganz neue Geräte eingesetzt, die mehr Unregelmäßigkeiten finden als das zuvor möglich gewesen wäre. Es macht zornig, dass nach Tschernobyl willige Ärzte in Ost und West mit genau den gleichen Scheinargumenten lange bestritten haben, dass es in der Umgebung von Tschernobyl strahlenbedingte Schilddrüsenenerkrankungen gab. Und dann sagte man, wenn es keine Schilddrüsenenerkrankungen gibt, dann wird es auch sonst keine Erkrankungen geben. Wir können heute abschätzen, wie schwerwiegend die Gesundheitsschäden nach Tschernobyl bis weit nach Westeuropa hinein verlaufen sind. Dass man in Japan so tut, als gäbe es das Wissen um die Gesundheitsfolgen nuklearer Katastrophen nicht und als müsste man



nun erst mal über viele Jahre forschen, um dazu eine Meinung entwickeln zu können, ist schwer zu ertragen. Ärzte werden nachdrücklich dazu gebracht, nicht über die Strahlenprobleme mit ihren Patienten zu reden. Eltern werden gehindert, eine zweite ärztliche Meinung zu suchen, wenn sie verzweifelt darüber sind, dass sie keine klare Auskunft über den Gesundheitszustand ihrer Kinder bekommen. In dem in Japan vorhandenen Spannungsfeld ist es unmöglich, jetzt schon zuverlässige Aussagen über Gesundheitsprobleme zu machen. Es gibt jedoch gute Gründe für die Befürchtung, dass in einem großen Gebiet – bis einschließlich Tokyo – wenigstens solche Gesundheitsauswirkungen bereits stattfinden, die nach Tschernobyl in Westeu-

ropa, insbesondere in Süddeutschland die Bevölkerung trafen. Niemand hatte ernsthaft damit gerechnet, dass die Säuglingssterblichkeit steigt, dass die Zahl der angeborenen Fehlbildungen, Downsyndrom und Leukämie sich verändern. Erst seit wenigen Jahren wissen wir durch den Münchner Mathematiker Hagen Scherb, dass allein in Westeuropa nach Tschernobyl fast eine Viertelmillion Kinder – überwiegend Mädchen – nicht bis zur Geburt gekommen sind. Die Strahlenbelastung nach einer nuklearen Katastrophe ist immer ungleichmäßig und stark witterungsabhängig. Das gilt auch für die Situation um Fukushima. Das Gebiet in Japan mit einer Strahlenbelastung, die sich in einem Bereich bewegt, der der Strahlenbelastung in Westeuropa/Bayern entspricht, ist jedoch beängstigend groß und die Be-

völkerungsdichte ist hoch. Es ist bisher nicht zu erkennen, dass die in Westeuropa beschriebenen Tschernobyleffekte jetzt in Japan aufmerksam untersucht werden. Im Gegenteil – es wird von den Gremien, die sich international für zuständig halten, alles getan, um die Situation harmlos erscheinen zu lassen. Es verwundert nicht, dass die IAEA hier besonders aktiv ist. Ihre Aufgabe ist, die Weiterverbreitung der Kernenergienutzung weltweit zu fördern – nicht aber, die Wahrheit über Gesundheitsschäden nach einer nuklearen Katastrophe zu ermitteln. So hat die IAEA sowohl

mit der Präfektur Fukushima als auch mit der Medizinischen Universität in Fukushima Verträge abgeschlossen, in denen festgelegt wird, dass die Vertragspartner es respektieren, wenn einer von ihnen bestimmte Informationen geheimhalten möchte. Die IAEA hat in den 50er Jahren bereits einen Vertrag mit der WHO abgeschlossen, in dem es einen ähnlichen Passus gab – mit dem Effekt, dass viele Daten über die Gesundheitsschäden nach Fukushima tatsächlich nicht veröffentlicht wurden. In diesen Tagen ist ein Bericht des Wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Wirkung Atomarer Strahlen (UNSCEAR) erschienen. Diese Organisation hat sich bereits zur Einschätzung der Gesundheitsauswirkungen von Tschernobyl beide Augen



Protestaktion „Fukushima is here“ am Strand von San Francisco (Foto: Steve Rhodes · CC2.0)



zugeklebt. Der gerade erschienene Bericht verfährt mit dem Thema Fukushima ebenso – es ist alles im grünen Bereich, es wird keine Gesundheitsschäden geben. Es ist unbegreiflich, wie man zu einer solchen Einschätzung schon drei Jahre nach der Katastrophe kommen kann – noch dazu auf einem Gebiet, wo wieder und wieder von der Betreiberfirma TEPCO zugestanden werden muss, dass die zuvor veröffentlichten Messwerte viel zu gering waren oder die Geräte ungeeignet waren oder nicht funktioniert hätten. Wenn wir uns an die Zeit nach Tschernobyl erinnern, so herrschte bis Ende der 80er Jahre noch ziemliche Ahnungslosigkeit über die Folgen. Es hat den Anschein, dass die zuständigen Gremien, die Politik und die Lobby der Kernkraftwerksbetreiber gegenwärtig alles daransetzen, den schlechten Eindruck, den Fukushima hinterlassen hat, zu vertuschen und darüber hinaus sogar in der Argumentation noch

hinter die Erfahrungen mit Tschernobyl zurückzugehen. Es geht im Kern um die Aufrechterhaltung des Geschäfts mit der Kernenergie, das sehr einträglich ist, solange man den Gewinn einstreichen darf und der Schaden bei der Bevölkerung hängen bleibt.

Die Situation zwischen den Ruinen des KKW Fukushima ist alles andere als „im Griff“. Täglich gehen 700 bis 800 m<sup>3</sup> kontaminiertes Wasser in den Pazifik und es ist nicht absehbar, dass das in absehbarer Zeit gestoppt wird. Es gibt seit einigen Monaten sehr beunruhigende Berichte von der Amerikanisch/Kanadischen Westküste über Veränderungen der Tierwelt. Sollte sich bestätigen, dass sie mit Fukushima zu tun haben, wäre das nur die Spitze eines Eisbergs.

Die Bergung der Brennelemente aus den Ruinen wird sich über Jahre hinziehen, es

ist ungewiss, ob die Ruinen solange noch stehenbleiben. Das „große“ Erdbeben wird in Japan bereits erwartet. Wenn die Bergung misslingt, ist so gut wie sicher, dass sich die Brennelemente erhitzen und zerstören – dann würde eine Menge an radioaktivem Material frei, die um ein Vielfaches größer ist als die Freisetzungen von Tschernobyl. Die Existenz dieser großen Gefahr ist einer der wenigen Punkte, über die es Einigkeit unter den Fachleuten der verschiedenen Richtungen gibt.

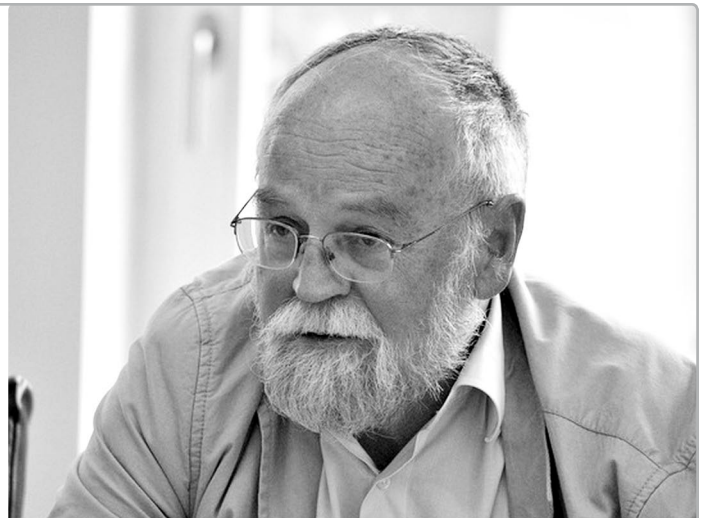
Deutschland und Japan haben eine einmalige wirtschaftliche und moralische Chance – zusammen zu zeigen, dass es tatsächlich ohne Kernenergie geht. Es liegt auch an uns, ob die beiden diese Chance wahrnehmen.

*Sebastian Pflugbeil*

### Portrait Sebastian Pflugbeil

Dr. rer. nat. Sebastian Pflugbeil arbeitete bis zur Wende als Medizinphysiker im Zentralinstitut für Herz-Kreislauf-Forschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Buch und befasste sich ehrenamtlich mit Problemen der Atomenergieverwertung, insbesondere den Strahlenfolgen in den Uranbergwerken der Wismut. Er war Mitbegründer der DDR-Bürgerbewegung Neues Forum und vertrat dieses als Sprecher am Berliner und am Zentralen Runden Tisch. 1990 wurde er Minister ohne Geschäftsbereich in der

Übergangsregierung unter Modrow. In dieser Funktion setzte er sich für die sofortige Stilllegung der Atomreaktoren in der DDR ein. Danach war er bis 1995 Abgeordneter im Berliner Stadtparlament. 2012 erhielt er den Nuclear-Free Future Award für sein Lebenswerk.



## Risiken des radioaktiven Fallouts nach einem katastrophalen Reaktorunfall

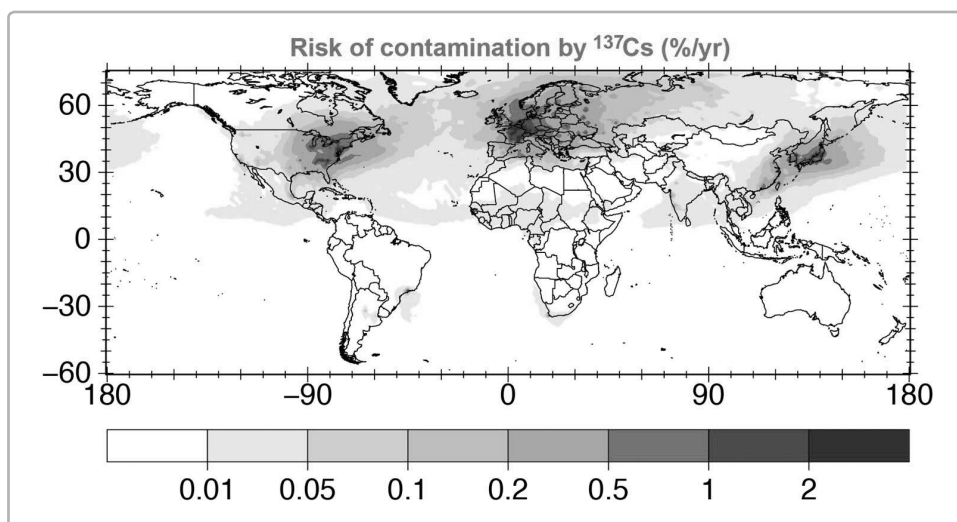
Nuklearunfälle mit Reaktorkernschmelzen können mit apokalyptischen Folgen für Umwelt und Bevölkerung einhergehen – seit Beginn der technologischen Nutzung der Kernkraft in den 1950er Jahren kam es weltweit zu etwa 20 Kernschmelzen in militärischen und kommerziellen Reaktoren, wovon mit Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 zwei als katastrophale Unfälle der höchsten Stufe 7 auf der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) klassifiziert werden. Offizielle Risikoabschätzungen für Reaktorunfälle erscheinen zumeist politisch beeinflusst, werden unter Ausschluss der wissenschaftlichen Öffentlichkeit angefertigt und basieren vielfach auf willkürlichen Annahmen.

So schätzte etwa die Nuclear Regulatory Commission der USA 1990 folgendes Risiko eines katastrophalen Unfalls für einen einzelnen Reaktor ab:

- (1) Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze: 1 zu 10.000 pro Jahr,
- (2) Wahrscheinlichkeit eines Versagens des Sicherheitsbehälters: 1 zu 100,
- (3) Wahrscheinlichkeit einer ungünstigen Windrichtung: 1 zu 10,
- (4) Wahrscheinlichkeit einer meteorologischen Inversion: 1 zu 10,
- (5) Wahrscheinlichkeit eines Versagens der Evakuierung: 1 zu 10,

zusammengenommen also ein verschwindend geringes Kontaminationsrisiko für die Bevölkerung von 1 zu 1 Milliarde.

Im Gegensatz dazu haben kürzlich Wissenschaftler um Prof. Dr. Jos Lelieveld (Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz) eine wesentlich realistischere Risikobewertung anhand von empirischen Daten und Modellrechnungen des atmosphärischen Transports angefertigt. Darin ersetzen sie die vorgenannten Faktoren (1) und (2) durch die historisch gegebene Wahrscheinlichkeit von INES 7 Unfällen. D. h. vier katastrophale Reaktorschmelzen (eine in Tschernobyl und drei in Fukushima) in rund 14.500 Reaktorjahren (entsprechend der bisherigen Laufzeit aller weltweiten Reaktoren seit den 1950er Jahren). Diese Abschätzung ist insofern noch defensiv, als dass sie

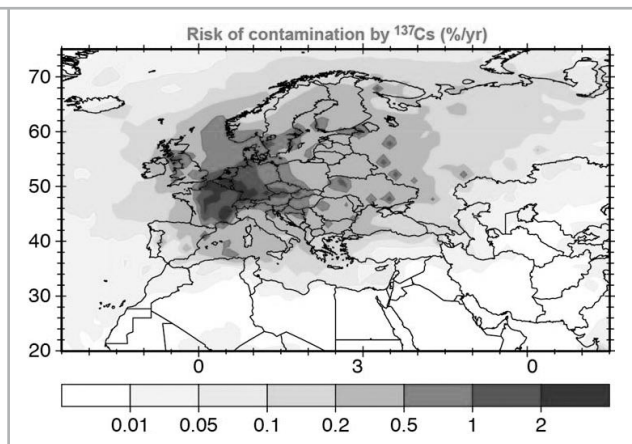


sämtliche Unfälle der INES-Stufe 6 und niedriger mit partiellen Kernschmelzen wie z. B. in Three Mile Island (USA), Majak (RUS) und Sellafield (GBR) nicht berücksichtigt.

Die Faktoren (3) und (4), d.h. die Verbreitung und Deposition der schädlichen Radionuklide, die aus einem havarierten Reaktor austreten, werden durch ein etabliertes atmosphärisches Zirkulationsmodell simuliert. Der Faktor (5) wird ausgeschlossen, da selbst bei einer unmittelbaren Rettung von Menschenleben großräumige Gebiete um den havarierten Reaktor für Jahrhunderte verseucht und unbewohnbar bleiben, weshalb solche Ereignisse unabhängig vom Erfolg einer Evakuierung als katastrophal angesehen werden müssen.

Um die absolut freiwerdenden Radioaktivitätsmengen je Reaktor abzuschätzen, nutzen Lelieveld et al. den gut dokumentierten Unfall von Tschernobyl und skalieren die potentiellen Emissionen anderer Reaktoren entsprechend ihrer Bruttoleistung, um den unterschiedlichen Mengen an Kernbrennstoff Rechnung zu tragen. Um schließlich die Gesundheitsauswirkungen auf die Bevölkerung zu beurteilen, verwenden die Autoren den offiziell von der IAEA vorgeschlagenen Grenzwert von  $40 \text{ kBq/m}^2$  – Regionen mit Aktivitäten oberhalb dieser Schwelle werden als „kontaminiert“ definiert.

Im Resultat zeigen die abgebildeten Karten das jährliche Risiko einer gesund-



heitsschädlichen Kontamination, wobei hier lediglich die Depositionsverteilung von  $^{137}\text{Cs}$  zugrunde liegt, ohne die zusätzliche Aktivität weiterer Radionuklide wie  $^{134}\text{Cs}$ ,  $^{131}\text{I}$  oder „heißen“ Teilchen wie Plutonium.

Die Karten zeigen weite Regionen der nördlichen Hemisphäre um die großen Reaktorgruppen in den USA, Westeuropa und Japan mit Risiken über 2%/Jahr, d.h. eine knapp 90%-ige Wahrscheinlichkeit einer Kontamination innerhalb eines Jahrhunderts. Das weltweit höchste Risiko besteht in Südwest-Deutschland, etwa auf einer Linie Köln-Stuttgart. In seiner Bewertung weist Lelieveld darauf hin, dass die von ihm und seinen Co-Autoren gefundenen großräumigen Risiken viel größer sind als in offiziellen Berichten vergangener Jahrzehnte. Außerdem betont er die Notwendigkeit internationaler Abkommen, da bspw. die alleinige Stilllegung deutscher Kernkraftwerke das Kontaminationsrisiko für die hiesige Bevölkerung nicht mal halbieren würde.

Jonas Norpoth, Göttingen



## Verbot von Atomtransporten

Am 1. Mai 2013 brannte in Hamburg am O'Swaldkai die „Atlantic Cartier“. An Bord waren 12,6 Tonnen Atombrennelemente und 8,9 Tonnen Uranhexafluoridbehälter. Bei letzteren handelte es sich um entleerte Behälter, die noch einen Rest von etwa 10 Kilogramm sogenannten „Heels“ aus Uranhexafluorid und Zerfallsprodukten des Urans enthielten. Da die Strahlung der radioaktiven Zerfallsprodukte in den entleerten Behältern nicht mehr durch das Uran abgeschirmt wird, ist ihre Strahlung an der Außenwand sogar 50 bis 100 mal höher als bei einem vollen Behälter.

Uranhexafluorid ist neben der Radioaktivität auch chemisch hoch giftig. Es verdampft bei 56,5° Celsius und bildet bei Kontakt mit Wasser – oder auch nur der Luftfeuchtigkeit – die extrem ätzende Flusssäure. In bis zu 600 Metern Entfernung von einem Unfallort mit Uranhexafluorid können noch tödliche Verätzungen der Lunge auftreten. Dennoch dürfen Transporte damit per LKW oder Bahn durch Wohngebiete fahren.



Die Beinahekatastrophe in Hamburg war nur eine Frage der Zeit, denn ungefähr alle zwei Tage geht ein Atomtransport durch Hamburg. Hunderte Tonnen von radioaktiven Brennstoffen werden dabei umgeschlagen. Nach Informationen des NDR vom 4.3.2014 haben Beamte der Wasserschutzpolizei seit Juni 2013 knapp 500 Mal Atomtransporte überprüft und dabei wurden rund 70 Mängel entdeckt. Bei 13 Transporten waren es sicherheitsrelevante Mängel. Der Hamburger Hafen ist eine regelrechte Drehscheibe im internationalen Atomgeschäft zur Versorgung und Entsorgung der Atomkraftwerke weltweit.

In Deutschland sind die Brennelementefabrik in Lingen im Emsland und die

Urananreicherungsanlage in Gronau im Münsterland Ausgangspunkt und Ziel solcher Atomtransporte. Doch weder der sogenannte „Atomausstieg“ der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 noch der „Atomausstieg“ der CDU-FDP-Regierung unter Kanzlerin Merkel nach der Atomkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 tastete ihre unbegrenzten Betriebsgenehmigungen an. Sie sollen nach dem Willen der Bundesregierung auch nach 2022 weiter produzieren dürfen.

Die URENCO, Betreiber der Urananreicherungsanlage in Gronau, erhielt im Februar 2005, fünf Jahre nach dem rot-grünen „Atomausstieg“, von der Nord-Rhein-Westfälischen Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten der SPD Peer Steinbrück und der grünen Umweltministerin Bärbel Höhn sogar die Genehmigung zum Bau einer zweiten Anlage in Gronau. Damit wurde die Produktion von 1800 auf 4500 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr ausgeweitet. Auch der damalige Bundesumweltminister der Grünen, Jürgen Trittin, hat das gebilligt. Diese Menge reicht zur Versorgung von etwa 30 Atomkraftwerken aus, mehr als jemals in Deutschland in Betrieb waren. Sie ist also von vornherein für den Weltmarkt bestimmt.

Die internationale Organisation des Atomgeschäfts durch internationale Monopolkonzerne führt zu einer Vielzahl



von Atomtransporten, bis das Uran als Brennelement in einem Atomkraftwerk ankommt. Das Uran kommt als Yellowcake ( $U_3O_8$  mit Verunreinigungen) zum Beispiel aus Niger, Australien oder Kasachstan. Dann wird es in Malvési/Frankreich oder Blind River/Kanada zu Urantetrafluorid ( $UF_4$ ) konvertiert, um dann in Pierrelatte/Frankreich oder Port Hope/Kanada weiter zu Uranhexafluorid ( $UF_6$ ) konvertiert zu werden. In Springfields/Großbritannien oder Metropolis/USA finden diese beiden Prozesse jeweils an einem Ort statt. Der Transport geht weiter zu einer Urananreicherungsanlage in Paducah, Idaho Falls oder New Mexico/USA, Almelo/Niederlande, Capenhurst/Großbritannien, Gronau/Deutschland, Angarsk, Novouralsk, Zelenogorsk oder Seversk/Russland, Rokkasho/Japan oder Hanzhun oder Lanzhou in China. Schließlich produzieren Brennelementefabriken wie die in Lingen aus dem angereicherten Uranhexafluorid die fertigen Brennelemente.

Die URENCO ist bei der Urananreicherung nach dem russischen Weltmarktführer Tenex der zweitgrößte Konzern in der Welt, und ihre größte Produktionsanlage steht in Gronau. Bei der Urananreicherung fällt etwa sieben mal so viel abgereichertes Uran als Abfall an, wie angereichertes für die Weiterverarbeitung produziert wird. Aber auch bei jedem der anderen Schritte wird die Umwelt radioaktiv verseucht. Um diesem, die Einheit von Mensch und Natur zerstörenden Atomgeschäft Einhalt zu gebieten, muss ein internationaler Widerstand aufgebaut werden.

Dr. Hans-Ulrich Jüttner

## „Die Atomreaktoren sind der Preis für die Atomwaffen“

Kumar Sundaram ist ein „International Campaigner“ der Anti-AKW-Bewegung in Indien, die sich in dem Dachverband „Coalition for Nuclear Disarmament and Peace“ ([www.cndpindia.org](http://www.cndpindia.org)) zusammengeschlossen hat. In einem packenden Bericht am 21.02.2014, veranstaltet von der Initiative Anti-Castor-Widerstand Neckarwestheim, schilderte er die harten Kämpfe gegen das indische Atomprogramm. Mit einer Rundreise wollte er diese Kämpfe bekannt machen und die internationale Solidarität organisieren.

### Die Geschichte des indischen Atomprogramms

1948 war der Beginn des indischen Atomprogramms. 1969 ging der erste Atomreaktor ans Netz. Damit sollten die Grundlagen geschaffen werden,



Atombomben zu bauen. 1974 fand der erste Atomwaffentest statt, 1989 der zweite. Die westlichen Staaten reagierten darauf mit einem Boykott der Lieferung von Atomtechnik. In den 1990er Jahren änderte sich diese Politik. Indien wurde eingestuft als potentieller Verbündeter gegen das erstar-

kende China. 2005 schloss die US-Regierung offiziell ein Atomabkommen mit Indien: Der Boykott wurde aufgehoben, Frankreich, die USA und Russland lieferten Reaktoren. Die Bevölkerung in Indien muss dafür einen doppelten Preis bezahlen: teure Reaktoren und die Finanzierung der atomaren Aufrüstung. Inzwischen betreibt Indien 20 AKWs.

### Der Widerstand gegen AKWs in Indien hat fünf Hauptgründe

Durch den Bau von Atomkraftwerken verlieren Tausende von Bauern ihre Lebensgrundlage. Sie werden von ihrem Land vertrieben, bekommen keinerlei Entschädigungen und in den Städten finden sie keine Arbeit. Bei den AKWs in Küstennähe verlieren die Fischer ihre Existenz. Der zweite Grund: Die Reaktoren Indiens gehören zu den unsichersten und unzuverlässigsten der Welt. So testete Areva in Indien einen neuen Reaktortyp und es gab viele Unfälle.

Der dritte Grund sind die ökologischen Auswirkungen. Es wurden Reaktoren in erdbebengefährdeten Gebieten gebaut. 2010 gab es ein Gesetz, das die Reaktorlieferanten zur Haftung verpflichtete. Die Konzerne lehnten das ab, worauf die



Kumar Sundaram, indischer Anti AKW Aktivist

Regierung damit begann, „Ausnahmen“ zu genehmigen. Der vierte Grund ist die indische Nuklearindustrie selbst. Es gibt keinerlei Rechenschaft, Transparenz oder Haftung. Der fünfte Grund ist der Kampf für demokratische Rechte gegen ein Dickicht aus Konzernen, Regierung, öffentlicher Meinungsmache, lokalen Behörden, Polizei und Gerichten bis hin zum Obersten Gerichtshof.

### Die indische Anti-Atom-Bewegung

An den Reaktorstandorten in Kundankulam, Jaitapur, Gorakhpur, Mithi Virdi, Kowada und Mahi Banswara gibt es jeweils Bewegungen von Tausenden Menschen. Wenn der Betrug nicht mehr wirkt, geht der Staat zu brutaler Unterdrückung über. Jeder, der gegen Atomanlagen ist, wird als „geisteskrank“ abgestempelt. Es gibt eine Art Staatsdoktrin, nach der die Atomkraft nicht angetastet werden darf. Das Dorf Kundankulam wurde 2011 von der Polizei umzingelt. Richter stellten Haftbefehle gegen jeden Einwohner



Bilder vom Widerstand gegen AKW in Indien



aus. Sie wurden u.a. wegen Mord und Verbrechen, die einfach erfunden wurden, angeklagt. Wollte jemand das Dorf verlassen, wurde er verhaftet. Die Frauen organisierten eine Nahrungsmittelhilfe, es kam Unterstützung aus anderen Dörfern an der Küste. Daraufhin wurde 2012 eine Seeblockade verhängt und es gab mehrere Tote. 8.000 wurden als Aufwürger angeklagt, verhaftet und teilweise gefoltert. Trotz dieser Unterdrückung hat der Widerstand erreicht, dass sich der Bau von Atomkraftwerken um Jahre bis Jahrzehnte verzögert. In Haripur (Westbengalen) musste das Atomprojekt aufgegeben werden! Unterstützt wurden die Proteste durch die Gewerkschaftssparte „der atomaren Zeitarbeiter“ und besonders die Frauenbewegung.

#### Wer sind die Gegner?

Es sind die Atomanlagenbauer und Ausrüster Areva (Frankreich), Westinghouse, General Electric (USA), Hitachi und Toshiba (Japan) im Verbund mit den Monopolbanken BNP-Paribas (Frankreich), russischen Staatbanken und ihren Regierungen. Die deutsche Firma KSB lieferte für 18 AKWs Pumpen; Siemens liefert Software für die Turbinensteuerung und organisiert das Projektmanagement. Gegenwärtig forciert die internationale Atomindustrie ihre Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke. So werden z.B. in Vietnam, Bangladesh, Jordanien und Chile neue Anlagen geplant.

Durch den Bericht wurde deutlich, dass ein fester und verbindlicher internationaler Zusammenschluss der Anti-AKW-Bewegung notwendig ist. Kumar betonte: „Die internationale Solidarität ist sehr wichtig!“ Zum Schluss konnten neue Kontakte geschlossen werden und Kumar freute sich über eine Broschüre der Bürgerbewegung für Kreislaufwirtschaft mit einer englischen Übersetzung.

Weitere Information:

<http://indien.antiatom.net/>

<http://indien.antiatom.net/kumar-sundaram-betont-militarische-bedeutung-des-indischen-atomprogramms/>

<http://www.dandc.eu/de/article/zivilgesellschaftliche-gruppen-indien-halten-atomprogramm-fuer-destruktiv>

Film:

<http://indien.antiatom.net/high-power-doku-film-uber-indische-atomanlage-regisseur-auf-rundreise-in-deutschland/>



## Der Taifun Haiyan – Schicksalsschlag oder menschengemachte Katastrophe?

Am 7.11.13 traf der Taifun Haiyan mit 315 km/h auf die Philippinen. Seine Böen erreichten bis zu 380 km/h. Seit dem Beginn der Messungen war das der stärkste Sturm, der je auf Land traf. Die verheerenden Verwüstungen beraubten 4,3 Millionen Menschen ihrer Existenzgrundlage. Die Zahl der Toten kann nicht genau ermittelt werden, die philippinische Regierung gab über 6000 Tote an.

Welt titelte am 12.11.13 „Eine Tragödie, für die der Mensch nichts kann“ und der Artikelschreiber verstieg sich sogar zu der Behauptung „...wer jetzt verkündet, der Taifun Haiyan sei menschengemacht, handelt wider besseres Wissen und verantwortungslos.“ Statistiken wurden aufgetischt, die „beweisen“ sollten, dass Haiyan nichts mit der Erderwärmung zu tun hat.



Kurz nach der Katastrophe erschienen eine Reihe von Artikeln, die behaupteten, dass der Taifun von „Klimaaktivisten“ für ihre Zwecke missbraucht würde. Die

Taifune und Hurrikans benötigen zur Entstehung hohe Wassertemperaturen. Wasser verdunstet in den Tropen in großem Stil und die warme Luft steigt auf. Der Sturm zieht seine Energie aus dem Temperaturunterschied zwischen den oberen Meeresschichten und der Atmosphäre in 12 - 16 km Höhe. Durch die Erderwärmung wird dieser Temperaturunterschied größer und damit das mögliche Energiepotenzial tropischer Wirbelstürme. Der menschengemachte Treibhauseffekt führt also nicht zu mehr tropischen

Wirbelstürmen, sondern zu einer Zunahme der Energie und Zerstörungskraft der stärksten Wirbelstürme. Ein Team um Prof. James B. Elsner von der Florida State University stellte fest, dass global gesehen die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten in der Gruppe der 1% stärksten Wirbelstürme um 27 km/h und die der Taifune sogar um 32 km/h zugenommen hat (Zeitraum 1981 bis 2006).

Die Broschüre „Die Erde ist (k)eine Kaffeetasse“ behandelt diese Frage ausführlich. In ihr werden die Thesen der „Skeptiker“ einer Klimakatastrophe widerlegt und Antwort auf die Frage „Was tun?“ gegeben.



## Meinerzhagener Hauptschüler mit Durchblick und Tatkraft für die Umwelt

Die Schüler – Arbeitsgruppe „Wir werden Umweltschützer“ in der Meinerzhagener Hauptschule, in der der Jugendverband Rebell aktiv ist, informierte am 15.11.2013 während der großen Pause ihre Mitschüler über die Taifun – Katastrophe auf den Philippinen und begann, Spenden für die Opfer zu sammeln. In den darauf folgenden Tagen konnten Schüler auch Schulmaterialien, Kleider etc. spenden.

Für den Weltklimatag am 16.11.2013 hatte die Arbeitsgruppe einen Aktionsstand in der Meinerzhagener Fußgängerzone vorbereitet. Die 15 Schülerinnen und Schüler zeigten mit Physik-Experimenten, wie der künstliche Treibhaus-Effekt zustande kommt und wie elektrischer Strom ohne Massen an Treibhausgasen erzeugt werden kann. Etliche Erwachsene lobten, wie sachkundig die Schüler dies und die weltweiten Folgen der Klimakatastrophe erklärten. Aber auch, wie engagiert sie für die Rettung der menschlichen Lebensvoraussetzungen eintraten. Ganz selbstverständlich sammelten die Schüler am und um ihren Stand Spenden für die Opfer der Taifun – Katastrophe und verkauften selbstgebackene Waffeln. Am Ende der Aktion konnten sie zu Recht mächtig stolz sein auf 313 Euro in ihren Spendendosen. Dieses Geld wurde



über den Verein Deutsch-Philippinische Freunde an die Betroffenen weitergeleitet.

Die ganze Aktion zeigt, dass sich Jugendliche für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Umwelt interessieren. Neben dem persönlichen Engagement jedes Einzelnen beruhte der Erfolg vor allem darauf, dass sie sich gründlich fachlich vorbereitet und dabei mit den häufig gehörten Umweltargumenten beschäftigt haben.





### Die Regionalgruppe Böblingen/Stuttgart in Neckarwestheim

Etwa 3300 Atomkraftgegner haben am 8.3.2014 vom Bahnhof Kirchheim zum Atomkraftwerk Neckarwestheim demonstriert. Motto: „Fukushima außer Kontrolle!“

In den Redebeiträgen wurde auch der Beitrag der Atomindustrie zur Gesundheitsgefährdung beschrieben. „Vom

Uranabbau bis zum Atommüll zieht sich eine Spur der Verwüstung,“ so Franz Wagner vom Aktionsbündnis Energie-wende Heilbronn. Besonders eindrücklich berichteten die Gäste aus Japan, die von den Sorgen der dort von Umsiedlung und Verstrahlung betroffenen Menschen und der offiziellen Verharmlosungspolitik der Behörden berichteten. Gemeinsam mit Oshidori Mako riefen die Demonstrationsteilnehmer „Seikado Hantou“ („Abschalten“) und eine Botschaft aus Kyoto wurde verlesen.

Unser Informationstisch war gut besucht. Wir hatten viele tiefgehende und grundsätzliche Diskussionen auch zu den Themen Kreislaufwirtschaft und Müllverbrennung.

Alle Atomanlagen müssen jetzt weltweit stillgelegt werden. Wir wollen Neckarwestheim jetzt abschalten war der einheitliche Wunsch der Demonstranten. Auch die Art des Rückbaus des AKWs Neckarwestheim 1 wurde scharf kritisiert und eine Offenlegung gefordert.



### Regionalgruppe Mittleres Ruhrgebiet

Am 01.11.13 machte die Regionalgruppe Mittleres Ruhrgebiet einen Ausflug ins Ruhrmuseum auf der Zeche Zollverein in Essen. Zeche und Kokerei Zollverein sind heute Industriedenkmal und Weltkulturerbe der UNESCO.

Auf Zollverein wurde von 1847 bis 1986 Kohle gefördert und verarbeitet. Zollverein war einst die größte Steinkohlenzeche der Welt. Geht es nach den Plänen von Politik, RAG und EU, dann soll es den Steinkohlebergbau nach 2018 in Deutschland nicht mehr geben.

Das heißt aber nicht, dass auf der Welt weniger Kohle gefördert und verbraucht würde, im Gegenteil. Obwohl erwiesen ist, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe zur Energieerzeugung mit verantwortlich ist für den Treib-

hauseffekt und die daraus resultierende Klimazerstörung, soll die Verstromung von Kohle sogar noch weiter ausgebaut werden. In immer mehr Ländern werden mit der Methode des Tagebaus riesige Landschaften zerstört (Australien, Kolumbien, USA uvm.). Energiekonzerne stehen bei uns in Deutschland schon bereit, um im Gebiet der stillgelegten

Zechen unkonventionelle Gasförderung, also Fracking, zu betreiben.

Kohle ist ein wichtiger Rohstoff. Millionen Jahre waren notwendig für seine Entstehung. In der Ausstellung sehen wir Kohlestücke und ihr Alter aus vielen Ländern der Welt. Nicht die Kohle ist das Problem, sondern wie sie abgebaut – und wie sie genutzt wird. Kohle ist zu wertvoll, um sie zu verbrennen. Sie ist ein Rohstoff u.a. für die Pharmazie und Wasseraufbereitung.

Die Ausstellung zeigt auch die Arbeit, den Kampf und das Leben der Kumpel unter und über Tage – weltweit. Anschaulich wird, dass die Lebens – und Arbeitsverhältnisse, ihre Kultur, ihre Interessen sich sehr ähneln. Das ist mitunter schon recht berührend.

Glück Auf!



# Umweltgewerkschaft: Gründungskonferenz im November geplant

## Strategiekonferenz – Neue Wege zur Rettung der Umwelt

320 umweltbewegte Menschen trafen sich am Pfingstmontag (29.5.2013) in Schwerte auf Einladung der bundesweiten Koordinierungsgruppe (KOG) der Initiatoren/innen für eine Umweltgewerkschaft. Diskutiert wurde u.a. über die Entwicklung einer internationalen Widerstandsbewegung und den Aufbau einer Umweltgewerkschaft (siehe [www.umweltgewerkschaft.org](http://www.umweltgewerkschaft.org)). Es wurde beschlossen, 5000 Initiator/Innen zu gewinnen, möglichst viele neuer Initiatorengruppen aufzubauen und die Umweltgewerkschaft bis Ende 2014 zu gründen. Eine neue elfköpfige KOG wurde gewählt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Gewinnung von InitiatorInnen kein Selbstlauf ist. Es tauchen eine Reihe wichtiger Fragen auf, die geklärt werden müssen:

**„Warum der Name Umweltgewerkschaft?“** Er wurde vorgeschlagen, weil die Prinzipien einer Gewerkschaft, verbunden mit den kämpferischen Methoden der Arbeiterbewegung wie Massendemonstrationen, Blockaden und Streiks notwendig sind, damit die Umweltbewegung schlagkräftiger wird.

**„Ist nicht die IG Bauen-Agrar-Umwelt schon die Umweltgewerkschaft?“** Der Name IG Bauen-Agrar-Umwelt bezieht sich in erster Linie darauf, dass darin auch die Gärtner, Landschaftsbauer, Beschäftigte im Forst und Landwirtschaft organisiert sind. Sie kämpft wie alle DGB-Gewerkschaften vor allem um Löhne, soziale Rechte und besseren Arbeitsschutz. Die Umweltgewerkschaft kämpft aber für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Vorbehalt der Spaltung oder gar gegenröhrerischer Organisation ist unberechtigt. Die Umweltgewerkschaft unterstötzt Kämpfe der Belegschaften und tritt dafür ein, dass auch Umweltfragen in den DGB-Gewerkschaften eine stärkere Rolle spielen. Sie kritisiert allerdings auch, wenn von Funktionären Umwelt und Arbeitsplätze gegeneinander ausgespielt werden.

**„Es gibt doch schon genug Umweltverbände!“** Die Umweltbewegung hat einiges erreicht. Ihre Schwäche liegt in ihrer Zersplitterung und oft lokalen Beschränktheit. Ein Zusammenschluss des Widerstands auch international ist notwendig, damit der Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen an Durchschlagskraft gewinnt.

**„Aber ich mach doch schon so viel.“** Nur wenn wir diese Aktivitäten in einer starken Organisation weiterführen, können wir zu einer überlegenen Kraft werden. Mit vielen kleinen Initiativen können wir nur begrenzte Erfolge erreichen.



**„Warum geht ihr nicht in die großen Umweltverbände?“** Diese sind oft nicht wirklich eigenständig, finanziell unabhängig und weltanschaulich offen. Sie stehen z.T. unter Einfluss von Parteien (SPD, GRÜNE) und verpflichten sich mit der Festlegung auf das Grundgesetz auf die Anerkennung bestimmter Grundsätze, die gerade die umweltzerstörerische Produktion schützen. Die Umweltgewerkschaft ist dagegen offen für andere gesellschaftliche Lösungsvorschläge und –ansätze. Die meisten der großen Umweltverbände sind auch nicht in der ganzen Bandbreite der brennenden Probleme aufgestellt.

**„Die Umweltgewerkschaft ist ein „U-Boot der MLPD“!“** Die Umweltgewerkschaft ist von keiner Religionsgemeinschaft, Umweltverband oder Partei abhängig. Unterschiedliche Auffassungen werden solidarisch diskutiert und die Mitglieder entscheiden demokratisch über den Kurs. In ihr kann auf antifaschistischer Grundlage jeder Mitglied werden, auch Kommunisten. Der Antikommunismus wirkt spalterisch, verletzt die Überpartei-

lichkeit und schadet dem gemeinsamen Kampf. Dass die MLPD, wie auch andere Organisationen, den Aufbau unterstützen, ist nur zu begrüßen.

## Die Initiatorenbewegung kommt Stück für Stück voran

Anfang Februar 2014 gab es 588 Interessierte und 411 Initiatoren. Die KOG hat kürzlich beschlossen, diese Trennung aufzuheben und alle als „Unterstützer“ zu führen, da jede Unterstützung wertvoll für den Aufbau ist. Natürlich müssen wir möglichst viele davon überzeugen, aktiv in den Initiatorengruppen mitzuarbeiten. Inzwischen gibt es auf der Homepage ([www.umweltgewerkschaft.org](http://www.umweltgewerkschaft.org)) 17 Initiatorengruppen, von denen viele eine regelmäßige Arbeit machen. Teilweise haben sie sich Ziele zur Gewinnung von Unterstützern gesetzt und betreuen ihre Kontakte. Die Organisation von 5 Regionalkonferenzen im November/Dezember 2013 mit etwa 100 TeilnehmerInnen war ein guter Schritt zum Erfahrungsaustausch und soll im April 2014 und auch noch mehr über die Homepage weitergeführt werden. Die Herausgabe eines Flyers durch die KOG stärkte das „Gesicht“

der Bewegung nach außen; dieser wird inzwischen von vielen Gruppen intensiv eingesetzt.

## Fahrplan zum Gründungsprozess:

Die KOG legte Anfang November 2013 einen Vorschlag zum Gründungskongress vor, der die Gründung der Umweltgewerkschaft Ende November 2014 (29./30.) vorsieht. Innerhalb von drei Monaten haben eine Programm- und eine Satzungs-Arbeitsgruppe, an denen sich eine Reihe Initiatoren neben der KOG beteiligten, Vorschläge ausgearbeitet, die am 22./23.2.2014 von der KOG mit Verbesserungen verabschiedet wurden. Die Initiatorengruppen werden jetzt die Dokumente bis zum 1.9.2014 diskutieren, ihre Verbesserungsanträge formulieren, die auf dem Gründungskongress behandelt werden. Jeder der sich beteiligen will, kann diese Dokumente auf der Homepage der Umweltgewerkschaft einsehen und ausdrucken. Eine AG „Organisation“ bereitet den Kongress, ein Kulturfest, eine Spendenkampagne und einen Wettbewerb um ein Logo vor.



### Wie können die noch fehlenden 4000 Unterstützer gewonnen werden?

Dort wo eine praktische Politik und der Aufbau eine Einheit bilden, gibt es gute Fortschritte.

In Berlin gelang es in einem Wohnviertel, die Bewohner zum Widerstand gegen den Ausbau der Autobahn A 100 zusammenzuschließen. Im Ruhrgebiet wurde eine landesweite Demonstration zum Weltklimatag mit organisiert, beteiligen

sich Gruppen an der Protestbewegung gegen die Giftmülldeponie in Zeche der Ruhrkohle AG (RAG) und der Solidarität mit dem Bergmann Christian Link. Christian ist Umweltreferent und Sprecher der Bergarbeiterbewegung „Kumpel für AUF“, Repräsentant der internationalen Bergarbeiterbewegung und Initiator für eine Umweltgewerkschaft. Wegen seiner Aufklärungsarbeit hat die RAG ihm verboten, auf ihrem Gelände zu arbeiten, was einem Berufsverbot gleich kommt.

Die KOG hat eine bundesweite Kampagne bis 1.9.2014 gegen den Giftmüllskandal und für die Solidarität mit Christian Link beschlossen. 4000 Unterstützer zu gewinnen, neue Gruppen zu gründen, Programm und Statut nach „innen und außen“ zu diskutieren und breit Spenden für die Durchführung des Kongresses zu sammeln, sind die Ziele bis Ende November.

## Eine Neuerscheinung für jeden Umweltschützer

Aktuell zur Leipziger Buchmesse erschien das Buch von Stefan Engel:

### „Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“

Das Buch ist Ergebnis der Arbeit eines Redaktionskollektivs mit über 100 Beteiligten. Im Vorwort schreibt der Autor Stefan Engel, dass die Menschheit beschleunigt auf eine globale Umweltkatastrophe zutreibt. *„Diese hat das Potenzial, die Grundlagen jeglichen menschlichen Daseins zu vernichten.“* Weiter führt er aus: *„Wir sind (...) zu dem einschneidenden Ergebnis gekommen, dass wir nicht mehr (...) am Beginn des Umschlags in eine globale Umweltkatastrophe stehen, sondern uns inzwischen bereits mitten drin befinden. Vier Faktoren (...) der Treibhauseffekt, das wachsende Ozonloch, die beschleunigte Vernichtung tropischer Regenwälder und die drastische Zunahme regionaler Umweltkatastrophen (...) haben sich beschleunigt weiterentwickelt. Zum anderen sind neue Faktoren der Umweltkrise dazugekommen, die in ihrem Zusammenwirken eine neue Qualität ausmachen: die Versauerung, Verschmutzung und Erwärmung der Weltmeere; die Zerstörung von regionalen Ökosystemen und das daraus folgende Artensterben; der Raubbau fossiler Rohstoffe sowie die Verschwendung von Energie bis zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und schließlich die Vermüllung und Vergiftung der natürlichen Umwelt – so auch mit Millionen Tonnen von verstrahltem Atommüll.“*

Mit seinen Ausführungen geht der Autor erheblich über das hinaus, wie die „Umweltfrage“ in der kritischen und kämpferischen Umweltbewegung diskutiert wird. Viele Aktivisten sehen die teilweise bedrohliche Entwicklung auch und sind aktiv gegen Fracking, Fluglärm, die Atompolitik oder gegen den Stopp des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Die umfassende Bedrohung der Existenz der gesamten Menschheit wird aber erst von einer Minderheit gesehen. Das Buch wirft deshalb konsequenter Weise die Frage auf, ob der bisherige Widerstand ausreichend ist, um dieser akuten Bedrohung wirkungsvoll zu begegnen. Die Antwort ist ein klares „Nein“ und der Wunsch, eine Umweltgewerkschaft aufzubauen, die

Umweltbewegung und Arbeiterbewegung national und international vereinigt mit dem Ziel des gemeinsamen Kampfes, Widerstands und der Solidarität für die Rettung unserer natürlichen Umwelt.

Aber es geht noch einen Schritt weiter und unterstreicht, dass der Umweltkampf nur dann erfolgreich sein wird, wenn die gesellschaftlichen Ursachen der Zerstörung, das kapitalistische Profitsystem, beseitigt werden. *„Weltanschaulich mussten wir erst zurück zu Marx und Engels. Wir mussten die in der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung weitgehend verschütteten grundlegenden Erkenntnisse über die Einheit von Mensch und Natur vollständig begreifen und auf die neue Situation anwenden. Politisch mussten wir unsere Analysen über die Entwicklung der globalen Umweltkrise vorantreiben“.* So geht das Buch auch ein auf die Umweltschutzmaßnahmen der ersten sozialistischen Staaten.

Das Buch macht Mut, den Kampf gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur aufzunehmen und entwickelt, wie dieser Kampf international geführt werden muss. Es gehört in die Hand jedes Menschen, dem der Erhalt unserer natürlichen Umwelt und die Zukunft der Menschheit am Herzen liegt.

Dr. med. Günther Bittel  
Umweltpolitischer Sprecher der MLPD

ISBN: 9-783-88021-400-2

Preis:

17,50 Euro (Taschenbuch),

14,00 Euro (CD-ROM),

im Paket: 25 Euro (Taschenbuch + CD-ROM)



# Publikationen der Bürgerbewegung

## Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?

2., erweiterte Auflage  
Josef Lutz, Physiker und Professor für Leistungselektronik an der TU Chemnitz zieht den Schluss, dass alle in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs sofort vom Netz genommen werden könnten, ohne dass die Versorgung mit Strom zusammenbrechen würde. Eine Stromversorgung nur auf der Grundlage von erneuerbaren Energien kann in ca 10 Jahren aufgebaut werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Die Broschüre behandelt die in der Fachwelt bekannten Zusammenhänge (mit Quellenangaben) und lehnt die geplanten „Stromautobahnen“ als Milliardenverschwendung ab.  
62 S., Einzelpreis: 3,80 Euro, 5 Stück für 15,00 Euro.



## Die Erde ist (k)eine Kaffeetasse – Auseinandersetzung mit den Klimakrisen-Skeptikern

Dipl. Ing. Peter Vescovi untersucht, wie bezahlte PR-Manager über die Medien systematisch ihre Lügen verbreiten, eine globale Erderwärmung finde nicht statt. Sie wollen im Auftrag der Industrie einen Skeptizismus gegen die notwendige rasche Energiewende in die Welt setzen. Die erweiterte Neuauflage



der Broschüre behandelt aktuell auch den Zusammenhang des Taifuns Hyan mit der globalen Klimaveränderung und die gesellschaftliche Dimension.  
72 S., Einzelpreis 3,- Euro; 5 Stück für 12,- Euro

## Kryo-Recycling von Kunststoffen, ein bedeutendes Verfahren der Kreislaufwirtschaft

Bei der Verbrennung von Kunststoffabfällen entstehen hochgiftige Gase und Stickoxide. In den Ozeanen sammeln sich immer größere Mengen Plastik, die das Ökosystem Meer akut bedrohen. Dabei ist die Möglichkeit, Kunststoffe hochwertig zu recyceln vorhanden und wissenschaftlich erwiesen: das Kryo- (Tiefkälte) Recycling von Prof. Rosin wird allerdings seit Jahren von der Müllverbrennungslobby hintertrieben und vom BMU ignoriert. Profitsteigerung durch Ressourcenverschwendung und Wegwerfproduktion stehen der Notwendigkeit entgegen, mit den vorhandenen Rohstoffen verantwortungsvoll umzugehen, Umwelt und Gesundheit zu schützen. Die Broschüre richtet den Blick auf eine notwendige tiefgehende gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Einzelpreis: 2,50 Euro,  
5 Stück für 10,- Euro.



## Müllverbrennung – die chronische Volksvergiftung

Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,- Euro

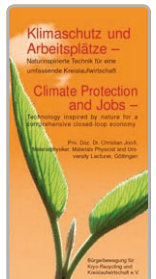


Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryo-Recycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.

## Klimaschutz und Arbeitsplätze

Prof. Jooß, 2. Auflage  
2008, Preis: 3,- Euro

In dieser Broschüre werden Wege aufgezeigt, wie Bionik und naturinspirierte Technik eine Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Die Verbrennung fossiler Energieträger für die Energiegewinnung und der verheerende Raubbau an Rohstoffen treiben die globale Umweltzerstörung auf die Spitze und beschleunigen die Entwicklung zu einer Weltklimakatastrophe. Umfassender Klimaschutz schafft neue Arbeitsplätze.



## DVD: „Stuttgart 21 ist überall“

DVD gegen Spende von 5,- Euro. Zu bestellen bei Peter Vescovi, dem Drehbuchautor (E-Mail an vescovi@arcor.de).

Packender Doku-Film der Regionalgruppe Böblingen-Stuttgart über die Hintergründe und den Widerstand gegen das Milliardenprojekt S 21 und andere EU-Großprojekte im Verkehrswesen. Bereits über 2 Jahrzehnte wird gegen eine Hochgeschwindigkeitsstrecke im italienischen Val di Susa hart gekämpft.



## Ich möchte Mitglied werden in der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz

Name und Vorname:

Straße und Hausnr.:

Postleitzahl und Ort:

E-Mail:

Telefon:

Firma, Verein, Organisation:

Bankverbindung:

Bitte den Jahresbeitrag auswählen:

- ☐ Jahresbeitrag 30 Euro  
natürliche Personen
- ☐ Jahresbeitrag 100 Euro  
Firmen, Organisationen, Vereine
- ☐ Jahresbeitrag 24 Euro  
bei geringem Einkommen
- ☐ Ich möchte einen höheren Beitrag leisten:

Bitte einsenden an:  
Bürgerbewegung für Kryo-Recycling,  
Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz  
Schmalhorststraße 1c  
45899 Gelsenkirchen

